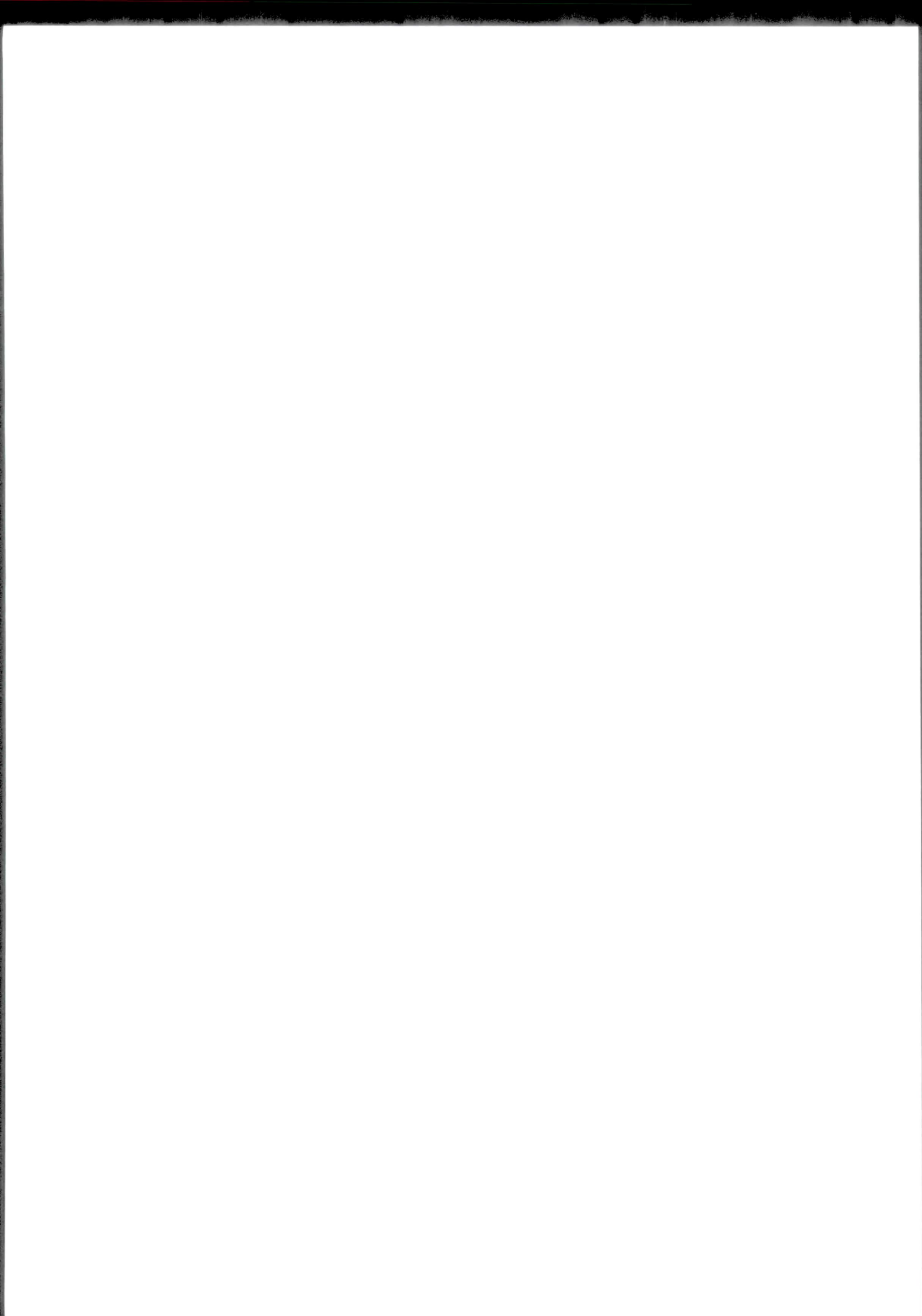


9.-11. April 2000
Grugahalle Essen

Bericht DER BUNDES- GESCHÄFTSSTELLE

Anlage zum Bericht der Generalsekretärin



Bericht der Bundesgeschäftsstelle

**Anlage zum Bericht
der Generalsekretärin**

**13. Parteitag der CDU Deutschlands
9.-11. April 2000, Essen**

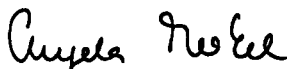
Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	5
1. Gremien	6
1.1 Präsidium	6
1.2 Bundesvorstand	8
1.3 Bundesausschuss	11
1.4 Landesgeschäftsführerkonferenz	12
1.5 Bundesfinanzkommission	12
1.6 Bundesparteigericht	12
2. Kommissionen und Ausschüsse	13
2.1 Kommission „Familie 2000“	13
2.2 Kommission „Bildung 2000“	14
2.3 Kommission „Spielraum für kleine Einheiten“	15
2.4 Kommission „Sozialstaat 21 – Arbeit für alle“	16
2.5 Wertekommission	16
2.6 Bundesfachausschüsse	17
2.7 Aussiedlerbeauftragtenkonferenz	43
2.8 Integrationsbeauftragtenkonferenz	45
3. Wahlkämpfe	46
3.1 Europawahlkampf	46
3.1.1 Konzept und Strategie	46
3.1.2 Instrumente des Wahlkampfes	47
3.2 Landtagswahlkämpfe	49
4. Veranstaltungen und Aktionen	51
4.1 Kongresse	51
4.1.1 Wertekongress	51
4.1.2 Kulturpolitischer Kongress	52
4.1.3 Bildungspolitische Kongresse	54
4.1.4 Rechtspolitisches Zukunftsforum	55
4.1.5 Film-Forum und Präsenz auf der IFA	57
4.1.6 Sonntagsforum zur Medienkompetenz	57
4.2 Berliner Gespräche	58
4.3 Adventsfeier für Familien der SFOR- und KFOR-Soldaten	59

4.4	Kampagnen	60
4.4.1	Kampagne zum Staatsbürgerschaftsrecht	60
4.4.2	Rentenkampagne	60
4.4.3	Gesundheitskampagne	61
4.4.4	Ökosteuerkampagne	62
4.5	Regionalkonferenzen	63
4.6	Schulungen/Weiterbildung	63
4.7	Besucherdienst im Konrad-Adenauer-Haus	64
4.8	Referentenvermittlung	64
5.	Medien	65
5.1	Union Magazin	65
5.2	Union in Deutschland	65
5.3	Elektronische Medien	65
5.4	Pressearbeit	68
6.	Verlegung der Bundesgeschäftsstelle nach Berlin	69
6.1	Gebäude Berlin, Mauerstraße 85	69
6.2	Gebäude Berlin, Tiergarten-Dreieck	69
6.3	Umzugsplanung	69
6.4	Gebäude Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 73-75	69
7.	Mitgliederentwicklung und Organisationsstruktur	70
7.1	Regionale Mitgliederentwicklung	70
7.2	Dauer der Mitgliedschaft	70
7.3	Struktur der Mitgliedschaft	71
7.4	Gliederungen	71
8.	Politischer Arbeitskalender	72

Vorwort

Der vorliegende Geschäftsbericht umfasst den Zeitraum seit dem Erfurter Parteitag im April 1999 bis Anfang April 2000. Es war eine Zeit des Aufbruchs und großartiger Wahlsiege. Es war aber auch eine Zeit, in der die CDU Deutschlands die tiefste Krise in ihrer Geschichte zu bestehen hatte. Mit dem Parteitag in Essen stellen wir uns der Aufgabe, diese Krise als Chance zu begreifen und zu nutzen. Politischer Höhepunkt im Berichtszeitraum war ohne Zweifel das überzeugende Wahlergebnis bei der Europawahl. Die CDU konnte nachdrücklich ihren Anspruch untermauern, die führende europapolitische Kraft in Deutschland zu sein. Darüber hinaus war es wichtig, dass wir rund ein halbes Jahr nach der verlorenen Bundestagswahl wieder eine unverminderte Kampagnefähigkeit unter Beweis stellen konnten. Ein bedeutender Schritt der programmatischen Erneuerung erfolgte mit der Verabschiedung eines neuen familienpolitischen Programms durch den Kleinen Parteitag im Dezember 1999. Der CDU ist es gelungen, eine politische Programmatik für einen Lebensbereich zu entwickeln, der jeden Bürger in der einen oder anderen Weise betrifft. Das überaus positive Medienecho hat gezeigt, dass die CDU mit diesem Programm eines ihrer traditionellen Identitäts-Themen überzeugend modernisieren und ihr Motto „Mitten im Leben“ nachvollziehbar umsetzen konnte. Die bekannt gewordenen Verstöße gegen das Parteiengesetz sowie gegen die Grundsätze der Transparenz und der innerparteilichen Demokratie führen zu Konsequenzen, mit denen sich die Bundespartei noch auf absehbare Zeit befassen müssen. Im Vordergrund steht der Aufbau eines effizienten und allen gesetzlichen Anforderungen gerecht werdenden Finanzmanagements. Unausweichlich geworden ist die Beseitigung des bereits vom Bremer Parteitag 1989 festgestellten finanziellen Ungleichgewichtes zwischen den einzelnen Ebenen unserer föderal aufgebauten Partei. Ohne die Bereitschaft zu einem hohen Maß an innerparteilicher Solidarität wird dies nicht gelingen können. Dies ist der letzte Geschäftsbericht, der aus dem Bonner Adenauer-Haus vorgelegt wird. Zum 1. Juli 2000 wird die Bundespartei ihre neue Geschäftsstelle im Tiergarten-Dreieck in Berlin beziehen und damit dem Auftrag unseres Statuts gerecht werden, ihren Sitz am ständigen Sitzungsort des Deutschen Bundestages einzunehmen. Angesichts der Pflicht, als Bundespartei einen Beitrag zur finanziellen Konsolidierung zu leisten, wird die Berliner Bundesgeschäftsstelle künftig mit deutlich weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihre vielfältigen Aufgaben bewältigen müssen; eine Konzentration auf die Kernaufgaben einer Parteizentrale, verbunden mit einer Reform der Arbeitsstrukturen, wird unverzichtbar sein. Wir sagen an dieser Stelle ein herzliches Wort des Dankes an alle, die die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle im zurückliegenden Jahr auf vielfältige Weise unterstützt haben. Wir danken insbesondere unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die das kräfte- und zeitraubende Pendeln zwischen Bonn und Berlin mit Geduld gemeistert haben. Unser Dank gilt nicht zuletzt all jenen in und außerhalb der Partei, mit denen unkompliziert kooperieren zu können für uns sehr wichtig ist. Der Essener Parteitag markiert eine Zäsur. Nichts wird mehr so sein, wie es einmal war. Wir sind davon überzeugt, dass die CDU Deutschlands über die Kraft verfügt, einen Neubeginn erfolgreich zu gestalten und sich als überzeugende Alternative im Bund, in den Ländern und in den Kommunen zu präsentieren. Unser Land braucht eine starke CDU.



Dr. Angela Merkel
Generalsekretärin



Dr. Willi Häußmann
Bundesgeschäftsführer

1. Gremien

1.1 Präsidium

Das Präsidium kam seit dem 12. Parteitag zu 29 Sitzungen zusammen. Neben dem Bericht zur aktuellen Lage durch den Vorsitzenden waren folgende Themen Schwerpunkte der jeweiligen Sitzung:

- Vorbereitung des Europawahlkampfes; gemeinsamer Wahlauftritt CDU/CSU „Europa der Bürger statt linker Zentralismus“; Einsetzung der Kommissionen Familienpolitik, Bildungspolitik und Schlanker Staat (10. Mai 1999)
- Erste Analyse der Bürgerschaftswahl in Bremen; Einsetzung der Sozialstaatskommission (7. Juni 1999)
- Erste Analyse der Europawahl und der Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt (14. Juni 1999)
- Vorbereitung der Landtagswahlen im Herbst (28. Juni 1999)
- Notwendige Rahmenbedingungen für den Aufbau in den neuen Bundesländern (12. Juli 1999)
- Verabschiedung der Protestaktion gegen die Rentenpolitik der Bundesregierung (23. August 1999)
- Erste Analyse der Landtagswahlen in Brandenburg und im Saarland (6. September 1999)
- Erste Analyse der Landtagswahl in Thüringen sowie der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen (13. September 1999)
- Erste Analyse der Landtagswahl in Sachsen (20. September 1999)
- Beratung der Strategie zu den Gesetzentwürfen der Bundesregierung (4. Oktober 1999)
- Erste Analyse der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus (11. Oktober 1999)
- Solidarpakt 2004 und Beschlussfassung zum Ladenschluss (25. Oktober 1999)
- Beschluss eines Papiers „Orientierung am Grundgesetz - Die beste Kultur des Erinnerns ist die Besinnung auf die Werte unserer Verfassung“ der CDU-Wertekommission (8. November 1999)
- Vorbereitung des Vermittlungsausschusses zu den Gesetzesvorhaben der Bundesregierung (22. November 1999)
- Persönliche Erklärung von Dr. Helmut Kohl zu den Verstößen gegen das Parteiengesetz (30. November 1999)
- Erörterung eines Zwischenstandes der Untersuchungen der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young zu den Verstößen gegen das Parteiengesetz (8. Dezember 1999)
- Vorbereitung des Kleinen Parteitages zur Familienpolitik und Beratung des Etats der Bundesgeschäftsstelle für das Haushaltsjahr 2000 (12. Dezember 1999)
- Zwischenbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young (22. Dezember 1999)
- Beratung und Beschlussfassung der Norderstedter Erklärung (7./8. Januar 2000)
- Beschlussfassung zum Ehrenvorsitz von Dr. Helmut Kohl (18. Januar 2000)
- Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young für den Zeitraum 1993 bis 1998; Vereinbarung über die Durchführung von Regionalkonferenzen in den Gliederungen der Partei vor dem 13. Parteitag (23. Januar 2000)

- Beratung der Aussagen in den Befragungen durch den Bundesgeschäftsführer, die Wirtschaftsprüfer der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young sowie die Anwälte der Bundesgeschäftsstelle und Beschlussfassung einer politischen Erklärung (4. Februar 2000)
- Erste Analyse der Landtagswahl in Schleswig-Holstein; Vorbereitung des 13. Parteitages; Erörterung des Standes der Rentengespräche mit der Bundesregierung (14. Februar 2000)
- Beratung der Konsequenzen aus dem von Dr. Wolfgang Schäuble erklärten Verzicht auf eine erneute Kandidatur zum Parteivorsitzenden auf dem 13. Parteitag (17. Februar 2000)
- Erste Analyse der Landtagswahl in Schleswig-Holstein; Vorbereitung des 13. Parteitages (28. Februar 2000)
- Beratung von finanziellen und strukturellen Konsequenzen aus der Finanzlage der CDU Deutschlands; Beratung der „Essener Erklärung“ (12. März 2000)
- Ergebnisse der Kommission von Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Roman Herzog, Bundesbankpräsident a.D. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Tietmeyer und Bundesverfassungsrichter a.D. Prof. Dr. Paul Kirchhoff (13. März 2000)
- Vorbereitung des 13. Parteitages (20. März 2000)
- Vorbereitung des 13. Parteitages (9. April 2000)

Folgende Einzelthemen spielten in Sitzungen des Präsidiums im Berichtszeitraum eine wesentliche Rolle:

Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik

- Förderung der Familien
- Rentenreform
- Steuerreform
- Gesundheitsreform
- Solidarpakt 2004
- Flexibilisierung der Ladenschlusszeiten
- Öko-Steuer
- Bundeshaushalt 2000

Außen-, Sicherheits- und Europapolitik

- Deutsche EU-Ratspräsidentschaft
- EU-Osterweiterung
- EU-Mitgliedschaft der Türkei
- Aufstockung des Bundeswehrkontingents im Kosovo
- Chancen und Folgen der Globalisierung

Innen-, Rechts- und Bildungspolitik

- Rahmenbedingungen für den Aufbau in den neuen Bundesländern
- 10 Jahre nach dem Mauerfall
- Föderalismus-Wettbewerb
- Tierschutz

Parteiangelegenheiten und Strategiefragen

- Europawahl 1999
- Kommunal- und Landtagswahlen 1999/2000
- Einsetzung der Kommissionen Familienpolitik, Bildungspolitik, Sozialstaat, Schlanker Staat
- Wahlauftritt von CDU und CSU „Europa der Bürger statt linker Zentralismus“
- Kleiner Parteitag zur Familienpolitik
- Bildungspolitisches Programm „Aufbruch in die lernende Gesellschaft – Bildungspolitische Leitsätze“
- 630-Mark-Aktion
- Aktion gegen die Rentenpolitik der Bundesregierung
- Aktion gegen die Gesundheitsreform der Bundesregierung
- Neubau der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin
- Etat der Bundesgeschäftsstelle für das Haushaltsjahr 2000
- Strukturelle, personelle und finanzielle Konsequenzen aus der Finanzsituation der CDU
- Änderungen im Statut der Beitrags- und Finanzordnung sowie der Satzung der CDU Deutschlands
- „Norderstedter Erklärung“
- „Essener Erklärung“
- Antrag zur Reform der Parteiarbeit
- Kooptation von Wilhelm Staudacher, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, in den Bundesvorstand der CDU

1.2. Bundesvorstand

Der Bundesvorstand trat im Berichtszeitraum zu zwanzig Sitzungen zusammen. Dabei wurden folgende Themen behandelt:

Parteiarbeit und Strategiefragen

- Fragen der Strategie der CDU als Oppositionspartei
- Fragen der Strategie und der Konzeption des Europawahlkampfes
- Aktuelle Lage und Entwicklung der rot-grünen Koalition
- Berufung neuer Mitglieder in die Bundesfinanzkommission
- Umsetzung der „Erfurter Leitsätze“

- Berufungen für die Bundesfachausschüsse und Arbeitskreise
- Einsetzung und Arbeit der Präsidiumskommission „Bildung 2000“
- Einsetzung und Arbeit der Präsidiumskommission „Familie 2000“
- Einsetzung und Arbeit der Präsidiumskommission „Sozialstaat 21 - Arbeit für alle“
- Einsetzung und Arbeit der Präsidiumskommission „Spielraum für kleine Einheiten“
- Ergebnis und Analyse der Bürgerschaftswahl in Bremen
- Aktuelle Lage und Entwicklung der FDP
- Ergebnis und Analyse der Europawahl
- Ergebnis und Analyse der Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, Rheinland-Pfalz und Saarland
- Aktion der CDU zur Rentenpolitik
- Strategie der CDU für die Gespräche mit der Bundesregierung zur Rentenpolitik
- Vorbereitung des Landtagswahlkampfes im Saarland
- Vorbereitung des Landtagswahlkampfes in Brandenburg
- Vorbereitung des Landtagswahlkampfes in Thüringen
- Vorbereitung des Landtagswahlkampfes in Sachsen
- Vorbereitung des Abgeordnetenhaus-Wahlkampfes in Berlin
- Vorbereitung des Kommunalwahlkampfes in NRW
- Ergebnis und Analyse der Landtagswahl in Brandenburg
- Ergebnis und Analyse der Landtagswahl im Saarland
- Ergebnis und Analyse der Landtagswahl in Thüringen
- Ergebnis und Analyse der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen
- Ergebnis und Analyse der Landtagswahl in Sachsen
- Aktuelle Lage und Entwicklung der PDS
- Ergebnis und Analyse der Abgeordnetenhauswahl in Berlin
- Vorbereitung des „Kleinen Parteitages“ am 13. Dezember 1999
- Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung in Brandenburg
- Verabschiedung der Erklärung der CDU Deutschlands zum 10. Jahrestag des Mauerfalls
- Aufarbeitung von Fehlern und Verstößen im Finanzwesen der CDU in der Vergangenheit
- Arbeit der CDU-Wertekommission
- Vorbereitung der Klausurtagung des Bundesvorstandes am 7./8. Januar 2000 in Norderstedt
- Vorbereitung der Landtagswahlkampfes in Schleswig-Holstein
- Vorbereitung des Landtagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen
- Moderne innerparteiliche Kommunikation
- Ergebnis und Analyse der Landtagswahl in Schleswig-Holstein
- Künftige Finanzierung der Stiftung Versorgungswerk
- Vorbereitung des 13. Parteitages der CDU Deutschlands vom 9.-11. April 2000 in Essen
- Beratung und Beschlussfassung über die „Essener Erklärung“

- Korrigierter Rechenschaftsbericht für 1998
- Finanzielle Lage der Bundespartei
- Beratung und Beschlussfassung über den Antrag des Bundesvorstandes an den 13. Parteitag in Essen betreffend Änderungen des Statuts und der Finanz- und Beitragsordnung der CDU
- Beratung und Beschlussfassung über den Antrag des Bundesvorstandes an den 13. Parteitag in Essen „Die Krise als Chance begreifen“
- Beratung und Beschlussfassung über den Antrag des Bundesvorstandes an den 13. Parteitag in Essen zur Änderung des Statuts und der Geschäftsordnung der CDU
- Beratung und Beschlussfassung über den Antrag des Bundesvorstandes an den 13. Parteitag in Essen zur Frage von Regressansprüchen
- Neuwahl des Bundesparteigerichts der CDU
- Nominierung für die Wahl zum Vorsitzenden der CDU Deutschlands
- Beratung und Beschlussfassung über Maßnahmen zur Konsolidierung der Finanzen der CDU Deutschlands

Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik

- Wirtschafts- und Finanzpolitik der rot-grünen Bundesregierung
- Bundeshaushalt 2000
- Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse
- Gesetz zur Scheinselbständigkeit
- Öko-Steuer
- Rentenpolitik der SPD und der rot-grünen Bundesregierung
- Gesundheitsreform der rot-grünen Bundesregierung
- Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung
- Energiepolitik der rot-grünen Bundesregierung
- Aufbau Ost
- Steuerpolitisches Konzept der Union
- Entwicklung des Wirtschaftswachstums und des Arbeitsmarktes
- Gesundheitspolitische Konzeption der Union
- Familienpolitisches Programm der CDU

Innen- und Rechtspolitik

- Neuregelung der Staatsangehörigkeitsrechts
- Haltung der Katholischen Kirche in der Frage der Schwangerenberatung
- 10. Jahrestag des Mauerfalls
- Bildungspolitische Leitsätze der CDU
- Entwicklungen und Herausforderungen der Wissens- und Informationsgesellschaft

Außen-, Sicherheits- und Europapolitik

- Konflikt im Kosovo
- Beteiligung der Bundeswehr an der internationalen Friedenstruppe im Kosovo
- Entschuldung von Ländern der Dritten Welt
- Neubildung der EU-Kommission
- Arbeit der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament
- China-Besuch Dr. Kohl 1999/Deutsch-Chinesische Beziehungen
- EU-Gipfel von Helsinki/Frage des EU-Beitritts der Türkei

1.3 Bundesausschuss

Am 13. Dezember 1999 tagte der Bundesausschuss der CDU Deutschlands im Alten Stadthaus in Berlin-Mitte. Dieser „Kleine Parteitag“ hatte die Aufgabe, die vom 12. Parteitag in Erfurt in Auftrag gegebene Neufassung der familienpolitischen Programmatik der CDU durch die Beschlussfassung über eine entsprechende Vorlage zum Abschluss zu bringen. Eine Präsidiums-Kommission „Familie 2000“ hatte die Beschlussvorlage „Lust auf Familie - Lust auf Verantwortung“ erarbeitet, die der Bundesvorstand zu seinem Hauptantrag gemacht hatte. Aus den antragsberechtigten Gliederungen der CDU und aus dem Kreis der Delegierten waren dazu insgesamt 626 Ergänzungs- und Änderungsanträge gestellt worden. Zur Erleichterung des Abstimmungsverfahrens hatte die Antragskommission im Vorfeld des kleinen Parteitages eine Sichtung der Antragslage vorgenommen und Empfehlungen zur Beschlussfassung vorbereitet.

Zu Beginn der Sitzung des Bundesausschusses richtete der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Berlin, Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen, ein Grußwort an die Delegierten.

Der Parteivorsitzende Dr. Wolfgang Schäuble erstattete einen politischen Bericht, in dessen Rahmen er auch auf die zu diesem Zeitpunkt vorgenommene, aber noch nicht abgeschlossene Sonderprüfung der Rechenschaftsberichte der CDU aus dem Zeitraum 1993-1998 einging.

Generalsekretärin Dr. Angela Merkel führte in den Hauptantrag „Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung“ ein. Sie verwies auf den tiefgreifenden Wandel in der Gesellschaft und auf das veränderte Selbstverständnis von Frauen und Männern im Hinblick auf die Gestaltung ihrer Partnerschaft in Ehe und Familie. Es gelte, die veränderten Lebenswirklichkeiten und Bedürfnisse der Menschen unvoreingenommen wahrzunehmen. Erforderlich seien neue Lösungsansätze für eine stärkere Anerkennung der Familienarbeit, für eine bessere Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit, für einen gerechten Ausgleich zwischen Familien mit Kindern und Kinderlosen, für eine wirkungsvolle Stärkung der Erziehungsfähigkeit der Familie, für eine angemessene Berücksichtigung der Erziehungsleistung in der Alterssicherung und eine durchgreifende Bewusstseinsänderung hinsichtlich der Bedeutung von Familien als Leistungsträger unserer Gesellschaft.

Den Berichten schloss sich eine intensive Aussprache an, in der schwerpunktmäßig das neu gefasste familienpolitische Programm debattiert wurde. Die Delegierten des Bundesausschusses nahmen das Programm „Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung“ in der durch die Einzelabstimmung festgelegten Fassung einstimmig an.

1.4. Landesgeschäftsführerkonferenz

Die Landesgeschäftsführerkonferenz trat im Berichtszeitraum zu drei Sitzungen zusammen. Dabei standen folgende Themen auf der Tagesordnung:

- Aktuelle politische Lage
- CDU-Rentenaktion
- Analyse der Europawahl
- Vorbereitung der Landtagswahlkämpfe
- Familienpolitik
- Moderne Kommunikation/Internet
- Aufarbeitung von Fehlern und Verstößen im Finanzwesen der CDU in der Vergangenheit

1.5 Bundesfinanzkommission

Die Bundesfinanzkommission hat im Berichtszeitraum einmal getagt. Sie beschloss, dass der parteinterne Finanzausgleich für das Jahr 2000 nach dem gleichen Verteilmodus wie im vergangenen Jahr vorgenommen wird. Außerdem bekräftigte sie ihre Entscheidung, die neuen Bundesländer zeitlich befristet durch einen pauschalen Zuschuss zu fördern.

Der Bundesschatzmeister gab einen Überblick über den aktuellen Stand der politischen Situation im Hinblick auf die Rechenschaftslegung und damit im Zusammenhang stehende ungeklärte Fragen hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen. Der Bundesschatzmeister wies darauf hin, dass ein durch Wirtschaftsprüfer erstellter Finanzstatus auf den Stichtag 31. Dezember 1998 eine außerordentlich angespannte Finanzsituation erkennen lasse. Er versicherte, dass Präsidium und Bundesvorstand alles in ihrer Kraft stehende tun würden, um die jetzt noch offenen Fragen zu klären.

1.6 Bundesparteigericht

Vorsitzender: Präsident des Oberlandesgerichts a.D. Dr. Eberhard Kuthning

Das Bundesparteigericht der CDU trat im Berichtszeitraum zu drei Sitzungen zusammen. Die fünf noch anhängigen Parteigerichtsverfahren konnten durch vier Zurückweisungen der Rechtsmittel und durch eine Rückverweisung in die Vorinstanz abgeschlossen werden. Die fünf Verfahren betreffen drei Wahlanfechtungen und zwei Parteiausschlüsse. Zur Zeit sind beim Bundesparteigericht drei neue Verfahren mit jeweils verschiedenen Streitgegenständen anhängig.

2. Kommissionen und Ausschüsse

2.1 Kommission „Familie 2000“

Vorsitzende: Dr. Angela Merkel

Geschäftsführerin: Kristel Bendig

Einer der Schwerpunkte nach der Bundestagswahl 1998 war die programmatische Weiterentwicklung der Familienpolitik. Auf dem Erfurter Parteitag 1999 wurde daher der Auftrag erteilt, eine Familienkommission einzurichten und sich mit der heutigen Realität der Familien auseinander zu setzen. Als Thema hatte der Parteitag vorgeben: neue Lösungsansätze für eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Familienarbeit, gerechter Ausgleich zwischen Familien mit Kindern und kinderlosen Paaren, wirkungsvolle Stärkung der Erziehungskraft der Familie, angemessene Berücksichtigung der Erziehungsleistung in der Alterssicherung, durchgreifende Bewusstseinsänderung hinsichtlich der Bedeutung von Familien für unsere Gesellschaft.

Die Familienkommission hat sich am 7. Juni 1999 konstituiert und im Berichtszeitraum viermal getagt, ein Expertengespräch mit Wissenschaftlern und vier öffentliche Anhörungen durchgeführt. Themenschwerpunkte waren Familienleitbild, Familienförderung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Stärkung der Erziehungsfähigkeit. Zu jedem Themenschwerpunkt wurde eine eigene Arbeitsgruppe gebildet.

Arbeitsgruppe 1: Familienleitbild

Leitung: Dr. Jürgen Rüttgers

Arbeitsgruppe 2: Familienförderung

Leitung: Ilse Falk

Arbeitsgruppe 3: Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Leitung: Hildegard Müller

Arbeitsgruppe 4: Erziehungsfähigkeit

Leitung: Prof. Dr. Rita Süßmuth

Den Auftakt bildete ein Expertengespräch mit Wissenschaftlern am 23. Juni 1999 in Bonn, dem vier öffentliche Anhörungen folgten:

Anhörungen der Familienkommission

1. „Familie und Mittelstand“ am 20. Juli 1999 im Haus des Schwäbischen Frauenvereins in Stuttgart
2. „Stärkung der Erziehungsfähigkeit und Familienhilfe“ am 17. August 1999 im Kinderheim St. Raphael in Düsseldorf

3. „Stärkung der Erziehungsfähigkeit und Familienhilfe“ am 25 August 1999 im Studentenzentrum „Moritzbastei“ in Leipzig
4. „Familienpolitik in Europa/Erfahrungen unserer Nachbarn“ am 31. August 1999 in der Katholischen Hochschule für soziale Arbeit in Saarbrücken

Der Bundesvorstand verabschiedete den Leitantrag „Lust auf Familie. Lust auf Verantwortung“ am 11. Oktober 1999. Zur Begleitung der innerparteilichen Diskussion wurde eine Dokumentation „Familien in Deutschland“ erstellt. Am 13. Dezember 1999 wurde der Leitantrag vom Bundesausschuss in Berlin beschlossen.

2.2 Kommission „Bildung 2000“

Grundanliegen der Vorstandskommission unter Leitung der stellvertretenden CDU-Vorsitzenden und baden-württembergische Kultusministerin Dr. Annette Schavan war die Erarbeitung programmatischer Leitsätze zur Bildungspolitik für den 13. Parteitag der CDU in Essen. Unter dem Motto „Aufbruch in die lernende Gesellschaft“ setzt die CDU vor allem auf das Prinzip „lebenslangen Lernens“.

Die Beratungen der Bildungskommission wurden von vier öffentlichen Expertenanhörungen begleitet, die auf große mediale Resonanz stießen.

Am 29. September 1999 fand in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften eine Anhörung zum Thema „Qualitätssicherung an Schulen“ statt. Als Experten diskutierten Prof. Dr. Jürgen Baumert (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin), Hans-Jürgen Brackmann (BDA), Dr. Andreas Schleicher (OECD, Paris), Prof. Dr. Andreas Helmke (Universität Koblenz-Landau) sowie Schulleiter aus mehreren Bundesländern die Themenschwerpunkte Qualitätssicherung, Leistungsbewertung, Lehreraus- und -fortbildung, Vernetzung von Schule und Hochschule bzw. Schule und Ausbildungsbetrieb.

Im Mittelpunkt der Anhörung „Modernisierung der Weiterbildung“ am 20. Oktober 1999 in der Bonner CDU-Bundesgeschäftsstelle standen Entwicklungstrends und Reformansätze der Weiterbildung im In- und Ausland sowie durch Informations- und Kommunikationstechnologien unterstützte Formen selbstgesteuerten und praxisbezogenen Lernens. Als Experten nahmen teil Prof. Dr. Anke Hanft (Zentrum für Weiterbildungsmanagement, Universität Koblenz-Landau), Hans-Ulrich Nordhaus (DGB-Bundesvorstand, Düsseldorf/Berlin), Dr. Volker Otto (Deutscher Volkshochschul-Verband, Bonn), Dr. Edgar Sauter (Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn), Dr. Stavros Stavrou (Europäisches Zentrum zur Förderung der Berufsbildung/CEDEFOP, Thessaloniki), Heike Weidmann (DIHT, Bonn).

Die öffentliche Expertenanhörung zum Thema „Modernisierungsimpulse für die berufliche Bildung“ bei der Robert Bosch GmbH in Stuttgart thematisierte am 11. November 1999 Zukunftstrends

in der beruflichen Bildung, die Weiterentwicklung des Berufsbildungsgesetzes, Reformansätze zur Förderung von Ausbildungsbereitschaft und Ausbildungsreife in der beruflichen Bildung, die Lernortkooperation als Grundprinzip dualer Ausbildung sowie Berufsakademien als berufsbegleitende Bildungsangebote im tertiären Bereich. Expertinnen und Experten waren Horst Kowalak (DGB-Bundesvorstand, Düsseldorf/Berlin), Dr. Günter Lambertz (Deutscher Industrie- und Handelstag, Bonn), Dr. Hermann Scholl (Robert Bosch GmbH, Stuttgart-Gerlingen), Karl Spelberg (Zentralverband des Deutschen Handwerks, Berlin), Prof. Hans-Joachim Windel (Berufsakademie Mannheim) sowie mehrere Direktoren von Berufsschulen.

Am 8. Dezember 1999 diskutierte die Kommission Bildung mit Experten das Thema „Weiterentwicklung der Hochschulen“ in der Weimarer Weimarahalle. Anwesend waren Prof. Dr. Gerhard Ackermann (Präsident der Technischen Fachhochschule Berlin), Dr. Michael Hartmer (Deutscher Hochschulverband, Bonn), Dr. Dieter Jahn (BASF AG, Ludwigshafen), Dr. Josef Lange (Hochschulrektorenkonferenz, Bonn), Dr. Rudolf Pörtner (Deutsches Studentenwerk, Dresden), Alfred Post (Kanzler der Technischen Universität Dresden), Prof. Dr. Jacob de Smit (Rektor der European Business School, Oestrich-Winkel), Prof. Dr. Georg Sandberger (Kanzler der Eberhard-Karls-Universität Tübingen).

Thematisiert wurden die Neugestaltung von Hochschulsystem und Hochschulstudium angesichts des internationalen Wettbewerbs, Fragen der personellen und finanziellen Hochschulautonomie, künftige Entscheidungsstrukturen der Hochschulen und Forschungsförderung.

Die Ergebnisse der Anhörungen wurden in den neuen „Bildungspolitischen Leitsätzen“ der CDU Deutschlands berücksichtigt. Der Bundesvorstand verabschiedete diese am 24. Januar 2000.

2.3 Kommission „Spielraum für kleine Einheiten“

Am 28. Juni 1999 wurde aufgrund eines Beschlusses des CDU-Präsidiums die Kommission „Spielraum für kleine Einheiten“ unter Vorsitz von Christa Thoben konstituiert. Ihr gehören etwa zwanzig Fachleute aus den unterschiedlichsten Bereichen an, die die Voraussetzungen und Möglichkeiten einer aktiven, dem Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit verpflichteten Bürgergesellschaft diskutieren und konkrete Handlungsvorschläge vorlegen sollen.

Anlass und Hintergrund der Kommissionsarbeit ist ein tiefgreifender gesellschaftlicher Wandel, der durch die Globalisierung und Digitalisierung zahlreicher Lebensbereiche – häufig verbunden mit einer starken Individualisierung – ausgelöst wurde. Zugleich wächst das Bedürfnis der Menschen nach einem überschaubaren Lebensumfeld, das sie in eigener Verantwortung gestalten können.

Die Präsidiumskommission hat in ihrer ersten Sitzung einen Arbeitsplan festgelegt. Danach sollen die verschiedenen Ebenen staatlichen Handelns – die kommunale, die Landes- und die Bundesebene – unter den wichtigsten Gesichtspunkten der Subsidiarität und der Effizienz einzeln untersucht

werden. Eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips setzt voraus, dass die jeweils niedrigste und dem Sachverhalt nächste Ebene entscheidungs- und handlungsbefugt ist, sofern sie zur Problemlösung imstande ist. Was die Länder regeln können, soll nicht in die Zuständigkeit des Bundesgesetzgebers fallen; was die Kommunen bewältigen können, soll wiederum nicht auf Landesebene erledigt werden. Zugleich muss jede Ebene ihr Handeln so koordinieren, dass die Effizienz gesteigert und die Partizipation erhöht wird.

Die Kommission „Spielraum für kleine Einheiten“ hat sich zum Ziel gesetzt, bis Herbst dieses Jahres ein Konzept vorzulegen, das die unverzichtbaren Kernaufgaben des Staates benennt und Wege aufzeigt, die Bürgergesellschaft im Sinne der Verantwortungsgesellschaft weiterzuentwickeln. Im Mittelpunkt wird die Stärkung der kommunalen Selbstverantwortung sowie die Mitverantwortungsmöglichkeiten der Bürger stehen. Zudem wird sie Reformvorschläge zur Modernisierung des Föderalismus in Deutschland vorlegen. Es wird geprüft, inwieweit die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern neu geregelt werden muss, und schließlich wird die Kommission aufzeigen, wie dem Gedanken der Regionen in Europa unter den Bedingungen eines modernen Föderalismus in Deutschland verstärkt Rechnung getragen werden kann.

2.4 Kommission „Sozialstaat 21 – Arbeit für alle“

Die Kommission unter Leitung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Christian Wulff erarbeitet ein Konzept für einen zukunftssicheren Sozialstaat im 21. Jahrhundert.

Die Kommission hat ihre Arbeit im Juni 1999 aufgenommen und bislang sieben Mal getagt. In Arbeitsgruppen werden Detailprobleme behandelt. Bis zum Dezember 1999 fanden u.a. Expertenanhörungen zu den Themen Zukunft der Arbeitsgesellschaft, Niedriglohnsektor, Altersvorsorge und zur Zukunft des Gesundheitswesens statt. Die Beratungen des ersten Halbjahrs mündeten in einen Zwischenbericht, der den Mitgliedern des Bundesvorstandes anlässlich der Klausurtagung Anfang Januar 2000 vorgelegt wurde. Mitte 2000 ist ein Kongress „Was bedeutet das Soziale heute?“ geplant, der die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaates unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts in den Mittelpunkt stellen wird.

Schwerpunktmäßig werden in den Arbeitsgruppen die Themen Arbeitsmarktpolitik (Leitung: Dr. Hermann Kues), Gesundheitsreform (Leitung: Ulf Fink), Rentenreform (Leitung: Andreas Storm) behandelt.

2.5 Wertekommission

Die Wertekommission hat im Berichtszeitraum unter dem Vorsitz von Christoph Böhr sechs Mal getagt. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, einen Beitrag zu einer stärkeren Debatte über ein gemeinsames Grundwerteverständnis in West und Ost zu leisten. Ausgangspunkt war die Analyse der Bundestagswahl 1998, in der konstatiert wurde, in den neuen Bundesländern habe der Wert „Solidarität“ eine ungleich höhere Bedeutung als der Wert „Freiheit“.

In ihrer Arbeit kam die Wertekommission ferner zu dem Ergebnis, dass das gegenseitige Interesse noch viel zu gering ist und in der Folge die Menschen zu wenig über die Lebensverhältnisse in Gegenwart und Vergangenheit wissen. Die Wertekommission stellte eine Menge von Begründungsdefiziten fest, die in der Folge dazu geführt haben, dass sowohl das freiheitlich-demokratische Grundwesen als auch die Soziale Marktwirtschaft in ihrer Popularität in den neuen Bundesländern eine aus der Sicht der Wertekommission nicht befriedigende Zustimmung erhalten.

Vor diesem Hintergrund schien es angebracht, den gegenseitigen Dialog zu fördern und eine Debatte über Inhalt und Substanz der Grundwerte „Freiheit“, „Solidarität“ und „Gerechtigkeit“ zu führen. Die Wertekommission erarbeitete ein Diskussionspapier mit dem Titel „... und manchmal steht sie noch! 10 Thesen im 10. Jahr nach dem Fall der Mauer“, das von Generalsekretärin Dr. Angela Merkel, Günther Nooke und Christoph Böhr am 14. Mai 1999 auf einer Pressekonferenz in Berlin vorgestellt wurde.

In dem Papier heißt es u.a.: „Die Christlich-Demokratische Union will das wechselseitige Interesse der Menschen an ihren Lebensgeschichten, Lebenszielen und Wertorientierungen stärken. ... Der Prozess der inneren Einigung hat eine ökonomische und eine emotionale Seite. ... Es wurde viel über Geld gesprochen. Zu wenig wurde über die Menschen gesprochen und was sie bewegt. ... Es gibt viele Fragen. Und es scheint, dass ein gemeinsames Nachdenken über identitätsstiftende Werte gerade erst eingesetzt hat. ... Gut für Deutschland ist nur, was gut für ganz Deutschland ist.“ Das Papier diente als Grundlage des am Tag darauf in Cottbus stattfindenden Grundwerteforums „Freiheit, die wir meinen“. (s. den Bericht unter 4.1.1)

Nach dem Kongress erarbeitete die Kommission ein Papier „Orientierung am Grundgesetz“. Darin heißt es u.a.: „Die beste Kultur des Erinnerns ist die Besinnung auf die Werte unserer Verfassung.“ Das Papier wurde vom CDU-Bundesvorstand beschlossen und anlässlich des 10. Jahrestages des Falls der Mauer am 8. November 1999 veröffentlicht.

2.6 Bundesfachausschüsse

2.6.1. Bundesfachausschuss Innenpolitik

Vorsitzender:	Dr. Thomas Schäuble
Stellvertreter:	Heinz Paus Sylvia Bonitz
Geschäftsführer:	Karin Althaus-Grewe (bis Februar 2000) Peter Brörmann (ab März 2000)
Konstituierung:	20. Juli 1999

Arbeitsplanung 1999/2002

Der Bundesfachausschuss Innenpolitik wird sich in der laufenden Legislaturperiode intensiv mit der weiterhin dramatisch zunehmenden Kinder- und Jugendkriminalität auseinandersetzen. Ferner sollen die mit den neuesten Entwicklungen der Informationsgesellschaft verbundenen Fragen der Inneren Sicherheit erörtert werden. Neben einer Bestandsaufnahme der bisherigen Möglichkeiten technischer Prävention sollen auch eine Verbesserung sowie die grenzübergreifende Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen einbezogen werden. Vor dem Hintergrund geplanter Kürzungen der Bundesregierung im Aussiedlerbereich und bei der Flüchtlingsaufnahme wird der Bundesfachausschuss auch Thesen für eine verbesserte Integration, insbesondere junger Aussiedler und junger Ausländer erörtern. Auf dem Arbeitsprogramm stehen weiterhin Fragen der Inneren Sicherheit in Europa, wie etwa die Fortentwicklung von Europol; ferner die grenzübergreifende Bekämpfung von Extremismus und organisierter Kriminalität.

Arbeitsgruppen Integration

Vorsitz: Christoph Verenkotte

Informationsgesellschaft und innere Sicherheit

Vorsitz: Sylvia Bonitz

Bisherige Beratungen und deren Ergebnisse

Nachdem auf der konstituierenden Sitzung des Bundesfachausschusses Innenpolitik am 20. Juli 1999 der baden-württembergische Innenminister, Dr. Thomas Schäuble, zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde, stimmten die Mitglieder des Bundesfachausschusses die Arbeitsagenda für die 14. Legislaturperiode ab. Auf den folgenden Sitzungen beschäftigte sich der Bundesfachausschuss insbesondere mit der Asyl- und Flüchtlingsproblematik (Rückführung von Kosovoalbanern), der Praxis des Ausländer- und Asylrechts in den einzelnen Bundesländern, der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen und aktuellen Fragen der Inneren Sicherheit.

Beschlüsse/Erklärungen

20. Juli 1999 Erklärung zur konstituierenden Sitzung des Bundesfachausschusses Innenpolitik

5. November 1999 Erklärung zum Asylrecht

25. Februar 2000 Erklärung zur geplanten Abschaffung des Arbeitsverbots für Asylbewerber

Bundesarbeitskreis Polizei der CDU

Vorsitzender: Volker Bouffier
Stellvertreter: Josef Schön
Klaus Schlie
Geschäftsführer: Peter Brörmann
Konstituierung: 8. Dezember 1999

Arbeitsplanung 1999/2002

Bis zum Jahre 2002 wird sich der Bundesarbeitskreis Polizei verstärkt mit Fragen des Freiwilligen Polizeidienstes, der gesetzlichen Regelung für Wach- und Sicherheitsdienste sowie der Möglichkeit der Vorfeldermittlung durch den Verfassungsschutz und der Videoüberwachung des öffentlichen Raumes beschäftigen. Weitere Themen werden die Stärkung der Aufgaben und Befugnisse der Polizei sowie die Gewährung der Inneren Sicherheit in Europa und der Schutz der EU-Außengrenzen sein. Anlässlich des 10. Jahrestages der Deutschen Einheit wird der Arbeitskreis über den zurückliegenden Aufbau der Polizei in den östlichen Bundesländern berichten. Er wird zudem das begonnene Arbeitspapier zur Stärkung der Inneren Sicherheit fortführen, das Anregungen und Forderungen zur kriminalpräventiven wie auch polizeilichen Arbeit enthält.

Bisherige Beratungen und deren Ergebnisse

Nach der Wahl des Hessischen Ministers des Inneren und für Sport, Volker Bouffier, am 8. Dezember 1999 zum Vorsitzenden des Bundesarbeitskreises Polizei berichteten die Mitglieder auf ihrer konstituierenden Sitzung zur aktuellen Lage der Polizei in den einzelnen Bundesländern. Im Vordergrund standen dabei aktuelle Gesetzesvorhaben, wie die Novellierung des Hessischen Gesetzes über Sicherheit und Ordnung. In diesem Zusammenhang diskutierte der Arbeitskreis die Aufnahme von verdachts- und ereignisunabhängigen Kontrollen in die Polizeigesetze, den mehrtägigen Unterbindungsgewahrsam sowie die Videoüberwachung öffentlicher Plätze und die Verpflichtung zur Kriminalprävention. Ferner erörterten die Mitglieder die Arbeitsagenda für die 14. Legislaturperiode.

Beschlüsse/Erklärungen

8. Dezember 1999 Erklärung anlässlich der Konstituierung des Bundesarbeitskreises Polizei

2.6.2 Bundesfachausschusses Bildung

Vorsitzender: Herbert Reul
Stellvertreter: Dr. Matthias Rößler
Karin Wolff

Geschäftsführer: Dr. Michael Schmitz

Konstituierung: 16. Juni 1999

Arbeitsplanung 1999/2002

In der konstituierenden Sitzung am 16. Juni 1999 wurde in offener Abstimmung mehrheitlich der bisherige Vorsitzende Herbert Reul im Amt bestätigt. Einstimmig wurden als Stellvertreter der sächsische Kultusminister Dr. Matthias Rößler und die neue hessische Kultusministerin Karin Wolff gewählt.

Vor dem Hintergrund international wachsenden Wettbewerbsdrucks beschäftigte sich der Bundesfachausschuss Bildungspolitik zunächst mit zwei empirischen Untersuchungen zu den „Anforderungen des Berufsbildungs- und Beschäftigungssystems an Schulabsolventen“ und „Schule im Sperrfeuer der Kritik“ (Allensbach Berichte 5/99), über die der Stellvertretende Direktor des Institutes der deutschen Wirtschaft, Prof. Dr. Wilfried Schlaffke, sowie Dr. Edgar Piel, Pressesprecher und Sozialforscher des Allensbach Institutes, am 29. Oktober 1999 berichteten. Wirtschaft und Verbände, aber auch Bevölkerung und Schulabsolventen erwarten demnach eine berufsnaher Ausbildung an Schulen und Hochschulen. Die Studien geben konkrete Hinweise für eine situationsnahe Bildungsplanung.

Zu den „Bildungspolitischen Leitsätzen“ der CDU Deutschlands erarbeitete der Bundesfachausschuss in einer gemeinsamen Sitzung mit der Vorsitzenden der CDU-Präsidiumskommission Bildung, Dr. Annette Schavan, am 20. Januar 2000 Vorschläge zur Schul- und Hochschulentwicklung, Bildungsfinanzierung und Sicherung des Religionsunterrichtes. Der Vorsitzende Herbert Reul veröffentlichte im Anschluss an die Sitzung eine vom Bundesfachausschuss verabschiedete Erklärung zur aktuellen Entwicklung des BAföG.

Große Resonanz fand die öffentliche Expertenanhörung des Bundesfachausschusses Bildungspolitik zum Thema „Modernisierung der beruflichen Bildung“ am 29. März 2000 in Düsseldorf, bei der die Beschlussvorlage „Eckpunkte für die Modernisierung der beruflichen Bildung“ vorgestellt wurde.

Der Bundesfachausschuss wird sich auch im weiteren Verlauf der 14. Legislaturperiode schwerpunktmäßig mit den Themen Modernisierung der beruflichen Bildung, Islamunterricht – LER, Weiterbildung, Eliten- und Benachteiligtenförderung, Qualitätssicherung an Schulen und Hochschulen, Bildungsfinanzierung und Dienstrechtsreform befassen.

Beschlüsse/Erklärungen

- | | |
|------------------|--|
| 29. Oktober 1999 | Thesenpapier „Anforderungen des Berufsbildungs- und Beschäftigungssystems an Schulabsolventen“ |
| 20. Januar 2000 | Erklärung zur Entwicklung des BAföG |
| 1. März 2000 | „Eckpunkte für die Modernisierung der dualen Bildungsausbildung“ |

2.6.3 Bundesfachausschuss Sport

Vorsitzende: Steffie Schnoor

Stellvertreter: Klaus Riegert

Hermann Winkler

Geschäftsführerin: Cornelia Grußendorf

Konstituierung: 10. Juni 1999

Arbeitsplanung 1999/2002

Der Bundesfachausschuss Sport setzt sich dafür ein, dass die gesellschaftspolitisch bedeutende Arbeit der rund 86.000 Sportvereine in Deutschland auch in Zukunft gesichert wird. Deshalb sind die Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Tätigkeiten zu verbessern und öffentliche und private Förderung zu koordinieren. Die von Rot/Grün durchgedrückten Neuregelungen zu den 630,-DM-Beschäftigungsverhältnissen und zur Scheinselbständigkeit müssen aufgehoben werden.

Ein wichtiges Thema ist auch der Schulsport. Ziel ist hier die Sicherung von Quantität (mindestens drei Stunden Sport pro Woche) und Qualität beim Schulsport. Schulsport und Nachwuchsförderung für den Spitzensport sollen in dieser Legislaturperiode Gegenstand einer Großveranstaltung sein.

Beim Thema Spitzensport wird die internationale Nachwuchsförderung ein Hauptanliegen bleiben. Der Bundesfachausschuss Sport setzt sich dafür ein, dass die sportbetonten Schulen, Sportgymnasien u.ä. Einrichtungen erhalten bleiben bzw. ausgebaut werden, um Spitzensportkarriere und Ausbildung optimal zu verbinden.

Für den Behindertensport fordert der Bundesfachausschuss vor allem, dass die Olympiastützpunkte und Bundesleistungszentren mit ihren medizinischen, sozialen und trainingswissenschaftlichen Betreuungsmöglichkeiten für die Athleten geöffnet werden.

Der Bundesfachausschuss Sport wird sich auch der Frage der gesundheitlichen Prävention in den Sportvereinen annehmen. Nachdem der DSB Qualitätskriterien für die Präventionsarbeit in den Vereinen erarbeitet und vorgelegt hat, lassen sich die Kosten für die Krankenkassen wirksam begrenzen. Deshalb setzt sich der Bundesfachausschuss Sport dafür ein, dass die Förderung der Sportvereine für sportliche Prävention wieder in das Sozialgesetzbuch aufgenommen wird.

Ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit des Bundesfachausschuss Sport in dieser Legislaturperiode wird auch die Überarbeitung des Sportprogramms der CDU sein.

Arbeitsgruppen

Sport in Europa

Dieses Thema wird im Rahmen einer Arbeitsgruppe unter Leitung von Doris Pack eingehend bearbeitet. Wichtiges Ziel ist die Anerkennung der Ehrenamtlichkeit des Sports und entsprechende Förderung auch auf europäischer Ebene.

Arbeitskreis Leistungssport

Dem Arbeitskreis Leistungssport unter Leitung von Klaus Riegert gehören aktive und ehemalige aktive Sportler und Trainer an.

Bisherige Beratungen und deren Ergebnisse

Die Arbeit des Bundesfachausschusses Sportpolitik im Berichtszeitraum konzentrierte sich zunächst auf den Schutz des Ehrenamtes im Sport, da die Rahmenbedingungen für ehrenamtliche durch die von Rot/Grün durchgedrückten Neuregelungen bei den 630,-DM-Jobs und Geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und das Gesetz zur Scheinselbständigkeit extrem verschlechtert worden sind. Dies war Thema einer öffentlichen Expertenanhörung am 14. Juli 1999 in Berlin mit großer Resonanz auch bei Landessportbünden, Sportfachverbänden und Vereinen.

Auf seiner Sitzung am 22. September 1999 befasste sich der Bundesfachausschuss mit der Sportstätten-situation in Ost und West sowie mit der Gefährdung der Spitzensportförderung durch enorme Kürzungen der Bundesregierung. Dabei kam zum Ausdruck, dass Renovierung, Sanierung und Neubau von Wettkampfstätten für den Spitzen- und Breitensport in den neuen Ländern fortgesetzt und von den Ländern und Kommunen stärker mitgetragen werden müssen. Aber auch in den alten Bundesländern dürfen Erhalt und weiterer Ausbau von Sportstätten nicht vernachlässigt werden.

Weiterhin befasste sich der Bundesfachausschuss im Rahmen einer Expertenanhörung auf seiner Sitzung am 22. November 1999 mit dem Thema Doping. Behandelt wurde in diesem Zusammenhang auch die Dopingproblematik im Fitnessbereich. Das Thema wird auch künftig im Hinblick auf seine ethische Bedeutung und die gesundheitlichen Gefahren, aber auch wegen der Chancengerechtigkeit der deutschen Spitzensportler und Spitzensportlerinnen bei Wettkämpfen auf internationaler Ebene intensiv verfolgt werden.

Die Arbeitsgruppe „Sport in Europa“ unter Leitung von Doris Pack legte sich auf ihrer Sitzung am 7. Dezember 1999 ihre Arbeitsschwerpunkte fest und befasste sich mit der Verankerung des Sports im europäischen Vertragswerk.

Beschlüsse/Erklärungen

10. Juni 1999 Erklärung zur konstituierenden Sitzung des Bundesfachausschusses Sport
14. Juli 1999 Erklärung zu der Expertenanhörung zu den Auswirkungen der Neuregelungen bei den 630,-DM-Jobs und Geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und das Gesetz zur Scheinselbständigkeit auf den Breitensport
Dokumentation zur Anhörung
22. September 1999 Erklärung zur aktuellen Situation im Sportstättenbau
23. September 1999 Erklärung zum Thema „Fußball-WM 2006“
10. Dezember 1999 Erklärung der Vorsitzenden der Arbeitsgruppe „Sport in Europa“, Doris Pack, zur Frage des Stellenwerts des Sports im Rahmen des Europäischen Aufbauwerks

2.6.4 Bundesfachausschuss Wirtschafts- und Finanzpolitik

- Vorsitzender: Friedrich Merz
- Stellvertreter: Klaus Schweickart
Dr. Ulrich Born
- Geschäftsführer: Michael Alber

Der Bundesfachausschuss Wirtschafts- und Finanzpolitik wurde am 24. Juni 1999 durch die Generalsekretärin konstituiert. Ziel des Bundesfachausschusses ist es, einen Beitrag zu leisten, die wirtschaftspolitische Kompetenz der CDU deutlich zu machen und zu stärken sowie Impulse für die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft zu geben. Im Mittelpunkt standen bisher Beratungen zur Steuerpolitik. Aus aktuellem Anlass hat der Bundesfachausschuss außerdem ein „Positionspapier zur Millennium-Runde der Welthandelsorganisation WTO“ beschlossen. Schwerpunktthemen für die weitere Arbeit sind „Möglichkeiten zur Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt“ und „Stärkung des Mittelstandes“.

Beschluss

Positionspapier zur Millennium-Runde der Welthandelsorganisation WTO

2.6.5 Bundesfachausschuss Strukturpolitik

- Vorsitzender: Christa Thoben (bis 10. Februar 2000)
Dr. Michael Meister (ab 10. Februar 2000)

Stellvertreter: Brita Schmitz-Hübsch
Bärbel Kleedehn

Geschäftsführer: Heribert Hennemann

Der Bundesfachausschuss Strukturpolitik wurde am 1. Juni 1999 durch Bundesgeschäftsführer Dr. Willi Hausmann konstituiert. Die Revitalisierung der Innenstädte ist ein vordringlicher Themenschwerpunkt der Arbeit des Bundesfachausschusses. Dabei geht es um die konkrete Ausgestaltung des Wandels der Siedlungsstrukturen. Davon betroffen sind nicht nur Fragen der Wohnungsbau- und Verkehrspolitik. Eng verknüpft damit sind auch Fragen moderner Datenkommunikation – insbesondere angesichts der raschen technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Denn mit dem Umbruch vom Industrie- zum Informationszeitalter verändert sich auch die uns bisher bekannte Organisation von Arbeit, Wohnen und Verkehr. Der Bundesfachausschuss versteht sich daher als ein Gremium, das die verschiedenen Politikfelder Verkehr, Wohnungsbau und Telekommunikation miteinander verknüpft.

Der Bundesfachausschuss hat sich bisher schwerpunktmäßig mit folgenden Themen befasst:

- Revitalisierung der Innenstädte
- Verbesserung des Baulandangebotes
- Multimedia – Auswirkungen auf Arbeit, Wohnen und Verkehr
- Verkehrsinfrastruktur-Investitionen/Verkehrsprojekte Deutsche Einheit
- Liberalisierung des Ladenschlussgesetzes

Als nächstes steht das Themenpaket Wettbewerb im Verkehrswesen, Folgen der Bahnprivatisierung, Zukunft des Transportgüterverkehrs, Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans, Personennahverkehr, Regionalisierungsgesetz auf der Tagesordnung.

Schnittstellenarbeitsgruppen zu den Themen Verkehr und Bau gemeinsam mit dem Bundesfachausschuss Umwelt- und Energiepolitik sind beschlossen, ebenso wie eine Arbeitsgruppe zum Thema Städtebau (Urban 21).

Die Beschlüsse und Stellungnahmen des Bundesfachausschusses zu den behandelten Themen wurden mit externen Fachleuten, Vertretern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der zuständigen Bundesministerien erörtert sowie in mehreren Presseerklärungen oder UfD-Artikeln der Öffentlichkeit vorgestellt.

Beschlüsse

Verwirklichung der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit

Deregulierung des Ladenschlusses

2.6.6 Bundesfachausschuss Umwelt- und Energiepolitik

Vorsitzender: Kurt-Dieter Grill

Stellvertreter(in): Dr. Herlind Gundelach

Uwe Goetze

Geschäftsführer: Frank Niebuhr

Der Bundesfachausschuss hat sich am 21. Juni 1999 konstituiert. Ziel ist die Schärfung des umwelt- und energiepolitischen Profils der CDU Deutschlands. Die Arbeitsplanung 1999/2002 enthält folgende Punkte:

- Entwicklung eines Energieprogramms;
- Strategien zur Umsetzung eines Lokale Agenda-Prozesses;
- Neuausrichtung der Umweltpolitik der CDU Deutschlands;
- Umwelt und Entwicklung: Vorbereitung der Rio-Folgekonferenz „Rio+10“; Erarbeitung von Leitprojekten zur Verknüpfung von Wirtschaftsentwicklung und Umweltschutz (zusammen mit dem Bundesfachausschuss Entwicklungspolitik);
- Umwelt und Gesundheit (in Zusammenarbeit mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion);
- Erarbeitung von Kommunikationsstrategien zur Transportierung der Arbeit des Bundesfachausschusses in die Öffentlichkeit;
- Zukunft der Abfallpolitik;
- Leitsätze zur Naturschutzpolitik.

Zur Umsetzung der Planungen wurden folgende Arbeitsgruppen eingesetzt:

Arbeitsgruppe „Energiepolitik“

Entsprechend dem Auftrag des Erfurter Parteitags 1999 hat sie sich zum Ziel gesetzt, ein Energiekonzept zu entwickeln, in welchem langfristige Perspektiven für eine sichere, kostengünstige und umweltverträgliche Energieversorgung aufgezeigt werden. Geplant ist, das erarbeitete Konzept im Rahmen eines Energiedialogs unter Beteiligung der CDU-Kreisverbände und Vertretern aller betroffenen gesellschaftlichen Gruppen öffentlich zu diskutieren. Das Energieprogramm soll anschließend auf einem Bundesparteitag zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Arbeitsgruppe „Naturschutz“

Ein Eckpunktepapier mit Leitsätzen für eine moderne Naturschutzpolitik ist in der Bearbeitung.

Arbeitsgruppe „Grundwerte“

Sie hat die Aufgabe, die zentralen Leitlinien der Umweltpolitik der CDU im Lichte neuer Rahmenbedingungen, wie der Globalisierung, und neuer Erkenntnisse, wie der Risikodiskussion oder den Klimaherausforderungen, neu zu definieren. Ein erstes Konzeptpapier hierzu ist in Bearbeitung.

Arbeitsgruppe „Lokale Agenda 21“

Auf Grundlage der Rio-Konferenz, in der ausdrücklich die Rolle der Kommunen als einem wesentlichen Träger für die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung hervorgehoben wurde, ist in vielen Gemeinden, Städten und Kreisen in Deutschland ein „Agenda-Prozess“ in Gang gekommen. Die Arbeitsgruppe hat es sich zur Aufgabe gemacht Konzepte zu entwickeln, um diesen Prozess voranzutreiben und die Union noch stärker in die Entwicklung kommunaler Agenden zu integrieren. Die Arbeitsgruppe hat bereits ein entsprechendes Strategiepapier erarbeitet. Die Erstellung von Broschüren und die Organisation zentraler und lokaler Veranstaltungen zu diesem Thema sind in Planung.

Arbeitsgruppe „Abfallpolitik“

Ein Thesenpapier zur Zukunft der Abfallpolitik wurde erarbeitet, das vom Bundesfachausschuss am 7. Februar 2000 beschlossen und der Presse vorgestellt wurde.

2.6.7 Bundesfachausschuss Forschung und Innovation

Vorsitzender: Professor Dr. Heribert Offermanns

Stellvertreter: Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl

Thomas Rachel

Geschäftsführerin: Gabriele Hopp

Es wurde ein Arbeitskreis Bioethik eingerichtet. (Vorsitzende: Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl)

Der Bundesfachausschuss Forschung und Innovation wurde am 25. Juni 1999 durch Generalsekretärin Dr. Angela Merkel konstituiert. Der Bundesfachausschuss will einen Beitrag dazu leisten, dass die CDU auch als Oppositionspartei die Innovationspolitik in Deutschland weiter entscheidend vorantreiben kann. Der Bundesfachausschuss hat sich bisher schwerpunktmäßig mit den Forschungsstrukturen der Zukunft, mit Aspekten der Forschungsfinanzierung und der europäischen Forschungspolitik beschäftigt. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit sind die gesellschaftlichen und ethischen Aspekte des technischen Fortschritts. Zu diesem Thema hat der Bundesfachausschuss einen Arbeitskreis „Bioethik“ eingerichtet, dem auch hochrangige externe Experten angehören. Der Bundesfachausschuss ist in Kontakt mit Vertretern der Industrie und der Forschungsverbände. Der Vorsitzende hat zusammen mit dem Landesvorsitzenden der CDU im Saarland, Ministerpräsident Peter Müller, einen Gesprächstermin zum Thema technologieorientierte Existenzgründungen wahrgenommen.

Pressemitteilungen

- Konstituierung des Bundesfachausschusses, 5. Juli 1999,
- Mehr Existenzgründungen bringen mehr Arbeitsplätze, 29. Juli 1999
- Unser Ziel: das beste Forschungssystem für unser Land, 2. Dezember 1999

2.6.8 Bundesfachausschuss Agrarpolitik

Vorsitzender: Reimer Böge

Stellvertreter: Heinrich-Wilhelm Ronsöhr

Petra Wernicke

Geschäftsführer: Gabriele Hopp

Es wurde eine Arbeitsgruppe WTO eingerichtet. (Vorsitzender: Peter Bleser)

Der Bundesfachausschuss Agrarpolitik wurde im September 1999 neu konstituiert. Ziel des Bundesfachausschusses ist es, Antworten auf die neue agrarpolitische Situation, unter anderem bedingt durch die Agenda 2000 und die radikalen Sparmaßnahmen der rot-grünen Bundesregierung, sowie auf die kommenden Herausforderungen im Hinblick auf die WTO-Runde, aber auch im Hinblick auf die Anforderungen an Verbraucher- und Umweltschutz zu geben und zukunftsfähige Politikkonzepte zu entwickeln. Der Bundesfachausschuss Agrarpolitik hat inzwischen eine Anhörung mit Vertretern der Landwirtschaft, der Industrie, der Kirchen und von Tier- und Umweltschutzverbänden zu den WTO-Agrarverhandlungen durchgeführt und ein Positionspapier dazu vorgelegt. Schwerpunkte der aktuellen Arbeit sind die Agrarstruktur- und die Agrarsozialpolitik sowie die Steuerpolitik für die Landwirtschaft.

Beschluss

Positionspapier „Für eine leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft und die Verankerung des Verbraucherschutzes“ zu den WTO-Agrarverhandlungen

Pressemitteilungen

- Konstituierung des Bundesfachausschusses, 10. September 1999
- WTO-Agrarverhandlungen: Faire Wettbewerbschancen für die europäische Landwirtschaft, Schutz von Verbrauchern und Umwelt, 22. November 1999
- Vorstellung des Positionspapiers zu den WTO-Agrarverhandlungen „Für eine leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft und die Verankerung des Verbraucherschutzes“, März 2000

2.6.9 Bundesfachausschuss Medienpolitik

Vorsitzender: Günther H. Oettinger

Stellvertreter: Bernd Neumann

Geschäftsführer: Ralf Golinski

Arbeitskreise „Rundfunkbegriff und Gebührenfinanzierung“,

Vorsitz: Günther H. Oettinger

„Filmpolitik“,

Vorsitz: Bernd Neumann

„Neue Medien in Deutschland – Chancen in der Informationsgesellschaft“,

Vorsitz: Bernd Neumann

„Zukunft der elektronischen Medien in der auswärtigen Medien- und Kulturarbeit Deutschlands“

Vorsitz: Dieter Weirich

Der Bundesfachausschuss Medienpolitik wurde am 27. Mai 1999 konstituiert. Er hat seitdem die folgenden Themen beraten: „Der 4. Rundfunkänderungsstaatsvertrag“, „Der 5. Rundfunkänderungsstaatsvertrag“, „Deutsche Welle – Situation und Perspektive nach dem Sparbeschluss der Bundesregierung“, „Aktuelle Entwicklung im medienpolitischen Bereich auf europäischer Ebene“, Evaluierungsbericht der Bundesregierung zum Informations- und Kommunikationsdienste Gesetz“, „Vorgehen der Bundesregierung zur Sperrung von Kabelkapazitäten wegen Störanfälligkeit des Flugverkehrs“, „Auftrag und Finanzierung der Deutschen Welle“, „Rundfunkbegriff und Gebührenfinanzierung“, „Verkauf des Breitbandkabels durch die Telekom“, „Finanzierung des deutschen Films“.

2.6.10 Bundesfachausschuss Familien- und Jugendpolitik

Vorsitzende: Marlies Mosiek-Urbahn

Stellvertreter/in: Ilse Falk

Rolf Harlinghausen

Geschäftsführerin: Dr. Adelheid Gliedner-Simon

Konstituierung: 24. August 1999

Arbeitsgruppen: Jugendarbeit/Jugendpolitik

Familie/Familienpolitik

Arbeitsplanung 1999/2000

- Auseinandersetzung mit dem familienpolitischen Programm der CDU „Lust auf Familie“
- Wege zur Realisierung des Parteitagsbeschlusses zur Familienpolitik
- Auseinandersetzung mit dem bildungspolitischen Programm der CDU „Aufbruch in die lernende Gesellschaft“
- Kinder- und Familienfreundlichkeit unserer Gesellschaft
- Erarbeitung einer jugendpolitischen Konzeption
- Planung eines „offenen“ Jugendkongresses
- Integration von jugendlichen Aussiedlern und ausländischen Jugendlichen
- Jugend und Arbeitsmarkt

Schwerpunkthemen/Beschlüsse

Der Bundesfachausschuss Familien- und Jugendpolitik befasste sich im Rahmen der Entwicklung einer familienpolitischen Konzeption der CDU intensiv mit dem Antrag des Bundesvorstandes der CDU „Lust auf Familie.– Lust auf Verantwortung“. Das Diskussionsergebnis mündete in die Formulierung von 19 Anträgen, die an den Bundesausschuss auf dem Kleinen Parteitag gestellt wurden. Im Anschluss an den Familienparteitag beschäftigt sich der Bundesfachausschuss mit der Umsetzung des Parteitagsbeschlusses zur Familienpolitik.

Im Zuge der Rentenreform forderte der Bundesfachausschuss Familien- und Jugendpolitik, einen Ausgleich zwischen Familien und Kinderlosen zu schaffen, indem eine Kinderkomponente als weiterer demographischer Faktor neben der Lebenserwartung in der Rente einzuführen sei.

Ein weiteres Thema war die Auseinandersetzung mit dem bildungspolitischen Leitantrag der CDU „Aufbruch in die lernende Gesellschaft“. Es wurde beschlossen, der Generalsekretärin zu empfehlen, den Antrag erst in den Parteigremien zu diskutieren und zu einem späteren Zeitpunkt auf einem Parteitag zu verabschieden.

Als jugendpolitisches Schwerpunkthema stand die Entwicklung jugendpolitischer Leitsätze auf der Tagesordnung, die die Situation der Jugendlichen in Bildung und Ausbildung, auf dem Arbeitsmarkt, im Sport, im Ehrenamt und in ihrer Verbandsarbeit berücksichtigen. Neben Möglichkeiten der Prävention sind auch Lösungen für Interventionen in Krisenfällen (Gewalt, Drogen, Ausländereintegration) vorgesehen.

Beschlüsse/Erklärungen

25. August 1999 Zur Konstituierung des Bundesfachausschusses
21. Oktober 1999 „Kinderkomponente in der Rente gefordert – CDU-Familienexperten sprechen sich für Familienbonus aus“
14. März 2000 „Verbesserung des Erziehungsurlaubs: Gute CDU-Ansätze setzen sich im Regierungshandeln auf Bundesebene durch – Mut zu konsequenter Weiterentwicklung fehlt.“

2.6.11 Bundesfachausschuss Frauenpolitik

- Vorsitzende: Dr. habil. Maria Böhmer
- Stellvertreterinnen: Friederike de Haas
 Annette Widmann-Mauz
- Geschäftsführerin: Claudia Nürnberger-Meyerhoff
- Konstituierung: 30. Juni 1999

Arbeitsplanung 1999/2002

Der Bundesfachausschuss Frauenpolitik hat im Rahmen seiner Arbeitsplanung folgende Schwerpunkte gesetzt:

- Familienpolitik
- Eigenständige soziale Sicherung der Frau und Reform der Hinterbliebenenversorgung
- Prüfung und Weiterentwicklung der Quorumsregelung der CDU
- Internationale Menschenrechte und Gewalt gegen Frauen
- Frauen und Bildung, Chancen und Risiken der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien für Frauen
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Familie und Ältere
- Frauen und der Arbeitsmarkt der Zukunft
- Gleichberechtigung und Partnerschaft
- Frauen und Medien

Arbeitsgruppen

Quorum

Vorsitz: Annette Widmann-Mauz

Internationale Menschenrechte und Gewalt gegen Frauen

Vorsitz: Bärbel Sothmann

Vereinbarkeit von Familie und Beruf – insbesondere Verbesserungen der Aufstiegschancen von Frauen in der Arbeitswelt

Vorsitz: Friederike de Haas

Image der CDU aus Frauensicht – Folgerungen

Vorsitz: Christine Arlt-Palmer

Netzwerkbildung und Coaching – insbesondere unter Berücksichtigung des Medienbereichs

Vorsitz: Annegret Kramp-Karrenbauer

Bisherige Beratungen und deren Ergebnisse

Im Hinblick auf den Kleinen Parteitag der CDU „Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung“ im Dezember 1999 hat sich der Bundesfachausschuss Frauenpolitik insbesondere mit familienpolitischen Fragestellungen beschäftigt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde ebenso thematisiert wie die Flexibilisierung und der Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie die Anerkennung von Familienarbeit in der gesetzlichen Rentenversicherung. Zum familienpolitischen Leitantrag der CDU anlässlich des Kleinen Parteitages im Dezember 1999 legte der Bundesfachausschuss umfangreiche Änderungs- und Ergänzungsvorschläge vor, die in einer speziellen Arbeitsgruppe entwickelt wurden.

Der Bundesfachausschuss Frauenpolitik hat sich außerdem im Rahmen der Diskussion um die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung mit dem Thema eigenständige soziale Sicherung der Frau beschäftigt. Im Mittelpunkt der Arbeit standen die Prüfung und Diskussion der Vorschläge der rot-grünen Bundesregierung zur Reform der Hinterbliebenenversorgung. Die vom Bundesfachausschuss Frauenpolitik entwickelten Kritikpunkte zu den Reformvorschlägen von Arbeitsminister Riester wurden am 26. August 1999 im Zuge einer Pressekonferenz in Berlin vorgestellt; ebenso wurden frauenpolitische Prüfsteine präsentiert, an denen die Reformschritte zur Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung gemessen werden sollen.

Mit der Zielsetzung, sich über die aktuelle Rentensituation von Frauen und neue Reformvorschläge zu informieren, hat der Bundesfachausschuss Frauenpolitik am 26. August 1999 ein Informationsgespräch mit der Direktorin der Bundesversicherungsanstalt, Dr. Anne Meurer, durchgeführt. Im

Rahmen dieses Gesprächs wurde auch das Rentenmodell der „Flexiblen Anwartschaften“ diskutiert, das von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin, entwickelt worden ist.

In einem einstimmigen Beschluss vom 14. Februar 2000 unterstützt der Bundesfachausschuss Frauenpolitik den weiteren Ausbau der Anerkennung von Familienarbeit, insbesondere der Kindererziehungszeiten, in der gesetzlichen Rentenversicherung und will in Form einer Zulage Anreize für Familien schaffen, in private Vorsorge zu investieren. Die Zulage soll der Zuordnung der Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung folgen.

Angesichts der Verschärfung der Diskussion um die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung hat der Bundesfachausschuss Frauenpolitik den Internationalen Weltfrauentag am 8. März 2000 zum Anlass genommen, erneut Kritik an den Rentenplänen der Bundesregierung zu üben und deren negative Auswirkungen auf Frauen aufzuzeigen. In der Kritik stehen das Optionenmodell in der Hinterbliebenenversorgung, die Pläne zur bedürftigkeitsabhängigen Grundsicherung und die Weigerung, Kindererziehungszeiten weiter auszubauen und damit die Erziehungsleistung von Frauen stärker anzuerkennen.

„Frauen und Bildung“ war im Hinblick auf den Essener Parteitages 2000 ein weiteres Schwerpunktthema des Bundesfachausschusses. Ausgehend von einem Gespräch mit dem sächsischen Staatssekretär für Kultus, Günther Portune, am 14. Februar 2000 entwickelte der Bundesfachausschuss frauenpolitische Änderungs- und Ergänzungsanträge zum Leit Antrag „Aufbruch in die lernende Gesellschaft“. Auf der Tagesordnung standen u.a. die Situation von Frauen in Wissenschaft und Forschung, die Chancen und Risiken der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die Möglichkeiten, für Studierende mit Kindern eine optimale Vereinbarkeit von Studium und Familie zu erreichen.

Innerhalb der Arbeitsgruppe Quorum unter der Leitung von Annette Widmann-Mauz wurde die jetzige Quorumsregelung der CDU und ihre Auswirkungen seit Inkrafttreten auch im Vergleich zu den Modellen anderer Parteien geprüft. Darüber hinaus wurden Grundsätze für eine Neuformulierung beschlossen. Die Arbeitsgruppe „Internationale Menschenrechte und Gewalt gegen Frauen“ unter der Leitung von Bärbel Sothmann hat sich insbesondere mit dem Aktionsplan der rot-grünen Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen beschäftigt. Auf der Grundlage dieser Arbeit setzt sich die Arbeitsgruppe speziell mit der häuslichen Gewalt gegen Frauen auseinander und wird zu diesem Thema ein Positionspapier entwickeln.

Ergebnisse

26. August 1999 Kritikpunkte an den Plänen der Bundesregierung zur Reform der Hinterbliebenenversorgung: „Riesters Irrwege bei der Reform der Hinterbliebenenversorgung“

26. August 1999 Prüfsteine zur Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung aus frauenpolitischer Sicht
- Dezember 1999 Änderungs- und Ergänzungsanträge zum Leitantrag an den Kleinen Parteitag der CDU, Berlin
14. Februar 2000 Beschluss zum Ausbau der Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Unterstützung von Familien bei der privaten Altersvorsorge
8. März 2000 Stellungnahme zu den rot-grünen Rentenplänen für Frauen anlässlich des Internationalen Weltfrauentages, Internationaler Weltfrauentag
- April 2000 Änderungs- und Ergänzungsanträge zum bildungspolitischen Leitantrag des Bundesvorstandes „Aufbruch in die lernende Gesellschaft“

2.6.12. Bundesfachausschuss Gesellschafts- und Sozialpolitik

Vorsitzender: Hermann-Josef Arentz

Stellvertreter: Claudia Nolte

Peter Clever

Andreas Storm

Geschäftsführerin: Dr. Kerstin Leis

Konstituierung: 17. Juni 1999

Arbeitsplanung 1999-2002

- Gesundheitspolitik: Gesundheitsreform der Bundesregierung, Zukunft der Krankenhausfinanzierung;
- Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und Weiterentwicklung der Alterssicherungssysteme;
- Arbeitsmarktpolitik;
- Problematik des Niedriglohnssektors, Kombilohn-Modelle;
- Behindertenpolitik;
- Schröder-Blair-Papier;
- Zusammenfassung von Sozialleistungen zur Verbesserung der Transparenz und zur Effizienzsteigerung;
- Reform der Ausbildungsförderung (in Zusammenarbeit mit dem Bundesfachausschuss Bildungspolitik);

- Lebenslanges Lernen, insbesondere Organisation der permanenten Qualifizierung und Weiterbildung sowie deren Berücksichtigung in den sozialen Sicherungssystemen;
- Sozialstaat in einer globalisierten Welt sowie Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft.

Arbeitsgruppen

- Arbeitskreis „Gesundheitspolitik“ (Leitung: Wolfgang Lohmann und Baldur Wagner)
- Arbeitskreis „Alterssicherung“ (Leitung: Andreas Storm)
- Arbeitskreis „Arbeitsmarkt“ (Leitung: Peter Clever)
- Gemeinsame Sitzungen mit der Arbeitsgruppe „Alterssicherung“ der Kommission „Sozialstaat 21“

Bisherige Beratungen und Ergebnisse

Der Bundesfachausschuss Gesellschafts- und Sozialpolitik hat am 4. Februar eine ganztägige Anhörung zum Thema „Zukunft der Krankenhauspolitik“ durchgeführt, auf deren Grundlage ein Papier erstellt werden wird, das die Basis für einen entsprechenden Beschluss des Bundesfachausschusses sein wird.

Die Arbeitskreise „Gesundheitspolitik“ und „Alterssicherung“ haben im vergangenen Jahr mehrfach getagt und Expertenanhörungen durchgeführt. Auf der Grundlage eines vom Arbeitskreis „Gesundheitspolitik“ erstellten Papiers hat der Bundesfachausschuss Gesellschafts- und Sozialpolitik am 23. September 1999 einen Beschluss „Erstklassige und bezahlbare Gesundheitsversorgung für alle“ gefasst, der am 15. Oktober 1999 der Presse vorgestellt wurde.

Der Arbeitskreis „Arbeitsmarkt“ hat sich am 29. Februar 2000 konstituiert und wird sich schwerpunktmäßig mit den Aufgaben der Arbeitsmarktpolitik, der Förderung zusätzlicher neuer Beschäftigungsmöglichkeiten, der Stärkung der gesellschaftlichen Anerkennung unentgeltlicher Tätigkeiten, des lebenslanges Lernens, der Stärkung der Eigenverantwortung und der Entwicklung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Niedrigqualifizierte beschäftigen.

2.6.13 Bundesfachausschuss Außen- und Sicherheitspolitik

Vorsitzender:	Dr. Friedbert Pflüger
Stellvertreter:	Dr. Andreas Schockenhoff
	Helga Grigoleit
Geschäftsführer:	Gert Olav Göhs
Konstituierung:	27. September 1999

Arbeitsgruppe: AG Bundeswehr
Vorsitzender: Ruprecht Polenz

Arbeitsplanung 1999/2000

- Zukunft der Bundeswehr
- Die Politik Deutschlands und der Europäischen Union gegenüber Russland
- Griechisch-türkischer Konflikt sowie Zypernkonflikt
- Türkeipolitik der Europäischen Union
- Die Europäische Union und Österreich
- Regierungskonferenz 2000
- Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Am Tag nach der Konstituierung des Bundesfachausschusses stellte der Vorsitzende zusammen mit der Generalsekretärin die Dokumentation „Zehn Sünden der Regierung Schröder in der Außenpolitik“ vor, die ein weites Echo in der deutschen und internationalen Presse fand.

Schwerpunkt der Arbeit des Bundesfachausschusses war die Erarbeitung einer Position der CDU zur Reform der Bundeswehr vor Abschluss der Arbeit der vom Bundesminister der Verteidigung eingesetzten Wehrstrukturkommission unter dem Vorsitz von Bundespräsident a.D. Dr. Richard von Weizsäcker. Die Position wurde von einer Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Ruprecht Polenz erarbeitet und in einer Pressekonferenz mit der Generalsekretärin am 21. März 2000 der Öffentlichkeit vorgestellt.

In einer gemeinsamen Sitzung mit dem Bundesfachausschuss Europapolitik wurden am 21. Februar 2000 Positionen zur Regierungskonferenz 2000 über die für die Erweiterung der Europäischen Union notwendigen institutionellen Reformen sowie zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verabschiedet und in einer Pressekonferenz vorgestellt. Im Rahmen dieser Pressekonferenz haben die Vorsitzenden der beiden Bundesfachausschüsse, Dr. Friedbert Pflüger und Elmar Brok, die Bundesregierung für ihren Isolationskurs Österreichs kritisiert. In der Sitzung am 21. Februar 2000 beschäftigte sich der Bundesfachausschuss ferner mit der aktuellen Lage in Russland und mit dem griechisch-türkischen und dem zypriotischen Konflikt, am 17. Januar 2000 mit dem Stabilitätspakt für Südosteuropa, der Lage im Kosovo und mit dem Europäischen Rat in Helsinki, insbesondere mit der Anerkennung der Türkei als offizieller Beitrittskandidat der Europäischen Union.

Bundesarbeitskreis Menschenrechte

Vorsitzender: Hermann Gröhe
Stellvertreter: Marlene Lenz

August Rößner

Peter Weiß

Geschäftsführer: Ralf Stettner

Konstituierung: 24. August 1999

Arbeitsplanung 1999/2002

- Globalisierung/Wirtschaft
- Minderheitenrechte
- Menschenrechtserziehung
- Internationaler Strafgerichtshof
- Rüstungsexporte
- Standpunktpapier zu einem Menschenrechtsinstitut
- Menschenrechtslage in China, Indien, Nordkorea, Türkei
- Tschetschenien-Konflikt
- Aufgaben der Bundeswehr im Hinblick auf Menschenrechtspolitik
- Religionsfreiheit/Christenverfolgung
- Bekämpfung von Folter und Todesstrafe
- Olympische Spiele und Frauenrechte
- Durchführung einer Fachtagung „Menschenrechte in der Dritten Welt“ gemeinsam mit dem Bundesfachausschuss Entwicklungspolitik
- Klausurtagung mit einem Schwerpunktthema
- Vorbereitung eines „Berliner Gespräches“ zur Menschenrechtspolitik

Bisherige Beratungen und Ergebnisse

Der Bundesarbeitskreis Menschenrechte hat bislang drei Sitzungen durchgeführt. Er sieht seine Aufgabe darin, für die CDU Deutschlands ein Profil in der Menschenrechtspolitik zu schaffen. Schwerpunkte der bisherigen Arbeit waren die Menschenrechtspolitik in der Außenpolitik der Europäischen Union, die Frage innerstaatlicher Umsetzung von Menschenrechtsstandards und die Vorbereitung eines Fachgespräches zur Menschenrechtspolitik auf Einladung der Generalsekretärin. Darüber hinaus hält der Bundesarbeitskreis durch regelmäßige Einladungen zu Vorträgen enge Verbindung zu Fachinstitutionen.

Beschlüsse und Erklärungen

24. August 1999 Presseerklärung zur Konstituierung des Bundesarbeitskreises und zu seinen Schwerpunktthemen

5. November 1999 Pressegespräch mit dem BAK-Vorsitzenden, Hermann Gröhe, Erläuterung der Arbeitsplanung sowie Presseerklärung zur Einjahresbilanz rot-grüner Menschenrechtspolitik: „Rot-grüne Menschenrechtspolitik: Viele Sprüche – wenig Taten!“
24. Januar 2000 Beschluss Für ein „Jahrhundert der Menschenrechte“ – Menschenrechte in der Außenpolitik der Europäischen Union
7. Februar 2000 Presseerklärung des BAK-Vorsitzenden, Hermann Gröhe, zum Krieg in Tschetschenien: „CDU Deutschlands fordert: Sofortiges Ende der Menschenrechtsverletzungen, sofortiger Waffenstillstand in Tschetschenien“

2.6.14 Bundesfachausschusses Europapolitik

- Vorsitzender: Elmar Brok
- Stellvertreter: Christine Lieberknecht
 Philipp Graf von Walderdorff
- Geschäftsführer; Gert Olav Göhs
- Konstituierung: 18. Juni 1999

Arbeitsplanung 1999/2000

- Regierungskonferenz 2000
- Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- Europäische Charta der Grundrechte
- Weiterentwicklung des Binnenmarkts
- Erweiterungskonzept für die Europäische Union
- Türkei politik der Europäischen Union
- Die Europäische Union und Österreich

Schwerpunkt der Arbeit des Bundesfachausschusses war die Erarbeitung einer Position der CDU zur Regierungskonferenz 2000 über die für die Erweiterung der Europäischen Union notwendigen institutionellen Reformen sowie zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor Aufnahme der inhaltlichen Arbeiten durch die Regierungskonferenz. In einer gemeinsamen Sitzung mit dem Bundesfachausschuss Außen- und Sicherheitspolitik wurden am 21. Februar 2000 die Positionen zur Regierungskonferenz 2000 und zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verabschiedet und in einer Pressekonferenz vorgestellt. Im Rahmen dieser Pressekonferenz haben die Vorsitzenden der beiden Bundesfachausschüsse, Elmar Brok und Dr. Friedbert Pflüger, die Bundesregierung für ihren Isolationskurs Österreichs kritisiert. In der Sitzung am 21. Februar

2000 beschäftigte sich der Bundesfachausschuss ferner mit der aktuellen Lage in Russland und mit dem griechisch-türkischen und dem zyprischen Konflikt. In weiteren Sitzungen des Bundesfachausschusses Beschlusspapiere wurden zur Europäischen Charta der Grundrechte und zur Fortentwicklung des Binnenmarktes vorbereitet. Am 19. Januar 2000 kritisierte der Vorsitzende in einer Presseerklärung die Meinung des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Dr. Christoph Zöpel, gegen einen möglichen Prüfauftrag für eine EU-Vollmitgliedschaft Marokkos. Am 10. März 2000 sprach sich der Vorsitzende in einer Presseerklärung einen Bericht über die erzielten Strukturreformen in den EU-Mitgliedstaaten.

2.6.15 Bundesfachausschuss Entwicklungspolitik

Vorsitzender:	Armin Laschet
Stellvertreter:	Klaus-Jürgen Hedrich Anne-Karin Glase
Geschäftsführer:	Ralf Stettner
Konstituierung:	17. Juni 1999
Arbeitsgruppen:	AG „Kongress“ AG „Europäische Entwicklungszusammenarbeit“ AG „Leitprojekte“

Arbeitsplanung 1999/2002

- Mitwirkung am Fachgespräch zur Entwicklungspolitik auf Einladung der Generalsekretärin am 10. September 1999
- Wachstum der Weltbevölkerung, dazu Mitwirkung am 3. Berliner Gespräch „6 Milliarden Menschen – Eine Welt“ am 15. September 1999
- Umsetzung des Parteitagsauftrages „Leitprojekte zu Umweltschutz und Wirtschaftsentwicklung in Entwicklungsländern“ in Zusammenarbeit mit dem Bundesfachausschuss Umwelt- und Energiepolitik
- Europäische Entwicklungszusammenarbeit, dazu Gespräch mit Poul Nielson, Kommissar für Entwicklung und Humanitäre Hilfe, am 29. März 2000 in Brüssel
- Mitwirkung an einem entwicklungspolitischen Kongress der Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Durchführung einer Fachtagung „Menschenrechte in der Dritten Welt“ gemeinsam mit dem Bundesarbeitskreis Menschenrechte

- Konfliktprävention und Ziviler Friedensdienst
- Deutsche Afrikapolitik
- Klausurtagung mit einem Schwerpunktthema
- Enge Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Entwicklungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der CDU-Gruppe im Europäischen Parlament und den CDU-Landesarbeitskreisen Entwicklungspolitik

Bisherige Beratungen und Ergebnisse

Der Bundesfachausschuss Entwicklungspolitik hat bislang vier Sitzungen durchgeführt sowie drei Arbeitsgruppen eingesetzt, die sechs Mal tagten. Schwerpunkte der bisherigen Arbeit waren eine Erklärung zum Wachstum der Weltbevölkerung, Vorarbeiten für einen Beschluss zur Europäischen Entwicklungspolitik, Vorarbeiten zu einem entwicklungspolitischen Kongress und die Erarbeitung eines Konzeptes zur Umsetzung des Parteitagsauftrages „Leitprojekte zu Umweltschutz und Wirtschaftsentwicklung in Entwicklungsländern“.

Der Bundesfachausschuss war intensiv an Vorbereitung und Durchführung des Fachgesprächs zur Entwicklungspolitik auf Einladung der Generalsekretärin am 10. September 1999 und des 3. Berliner Gesprächs „6 Milliarden Menschen – Eine Welt“ am 15. September 1999 beteiligt. Darüber hinaus hält der Bundesfachausschuss durch regelmäßige Einladungen zu Vorträgen enge Verbindung zu Fachinstitutionen und den CDU-Landesarbeitskreisen Entwicklungspolitik.

Beschlüsse und Erklärungen

- | | |
|--------------------|--|
| 17. Juni 1999 | Pressegespräch mit dem Vorsitzenden Armin Laschet zur Vorstellung der Schwerpunktthemen des Bundesfachausschusses |
| 9. September 1999 | Presseerklärung des BFA-Vorsitzenden Armin Laschet: „Rot-grüne Entwicklungspolitik: Bilanz gebrochener Versprechungen“ |
| 30. September 1999 | Pressegespräch mit dem Vorsitzenden und Presseerklärung: „Überproportionale Kürzungen der Bundesregierung sind verantwortungslos“ sowie Vorstellung der BFA-Erklärung „Bevölkerungspolitische Forderungen anlässlich des Tages der 6 Milliarden“ |
| 17. November 1999 | Presseerklärung des BFA-Vorsitzenden: „CDU: Kurswechsel in der Entwicklungspolitik gefährdet nachhaltige Erfolge“ |
| 3. März 2000 | Presseerklärung des BFA-Vorsitzenden zur gescheiterten Kandidatur Cajo Koch-Wesers zum neuen Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds: „Internationale Politik mit dem Knobelbecher“ |

15. März 2000 Presseerklärung des BFA-Vorsitzenden zur offiziellen Nominierung Horst Köhlers als neuer Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds

Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ)

Vorsitzender: Herbert Helmrich

Stellvertreter: Dr. Elisabeth Dette-Koch

 Steffen Heitmann

 Prof. Dr. Rupert Scholz

 Dr. Gabriele Wurzel (bis Dezember 1999)

 Norbert Röttgen (ab Dezember 1999)

Geschäftsführer: Peter Brörmann

Konstituierung: 10. Dezember 1999

Fachkommissionen/Arbeitsgruppen

- „Europa“ (Vorsitz: Prof. Dr. Carl Otto Lenz)
- „Zivilrechtsreform und Gerichtsaufbau“ (Vorsitz: Norbert Röttgen)
- „Strafrechtliches Sanktionensystem“ (Vorsitz: Alexander Prechtel)
- „Rechts- und Verwaltungsvereinfachung“ (Vorsitz: Dr. Gerald Kretschmer)
- „Juristenausbildung“ (Vorsitz: Dr. Detlef Gottschalck)
- „Sozial- und Rentenrecht“ (Vorsitz: Harald Schliemann)

Arbeitsplanung 1999/2002

Mit der Gründung von fünf Arbeitsgruppen setzt sich der BACDJ eingehend mit den Reformvorhaben der Bundesregierung in der Rechtspolitik sowie aktuellen rechtspolitischen Themen auseinander. Er wird sich im einzelnen intensiv mit der von der Bundesregierung beabsichtigten „umfassenden Justizreform“ sowie der Reform des strafrechtlichen Sanktionensystems (Gemeinnützige Arbeit, Fahrverbot als selbstständige Hauptstrafe, Strafgeld und Entkriminalisierung sog. Bagatelldelikte) beschäftigen. Der BACDJ wird auf der Grundlage des Abschlussberichts zum „Schlanken Staat“ und der Beschlüsse der Justizministerkonferenz eigene Vorschläge zur Reform der Juristenausbildung erarbeiten. Dabei wird er auf Grundsätze zurückgreifen, die er auf seiner Pressekonferenz anlässlich des 62. Deutschen Juristentages am 22. September 1998 vorgestellt hat. Weiterhin wird der BACDJ Vorschläge zu aktuellen Fragen des Familienrechts und der Reform des Föderalismus erarbeiten.

Auf Initiative des Vorsitzenden des BACDJ, Herbert Helmrich, finden seit dem 26. September 1999 vierteljährlich Tagungen der rechtspolitischen Sprecher der CDU-Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen statt. Damit wird der BACDJ die Koordination der Rechtspolitik auf Landes- und Bundesebene auch im Jahre 2000 verstärkt fortsetzen. Nachdem die Vorstellung der „12 Thesen zur Kriminalpolitik“ bereits am 16. Juli 1999 von einem beachtlichen Presseecho begleitet wurde, wird der BACDJ seine Kompetenz auch in der Kriminalpolitik weiter ausbauen. Die Fachkommission „Europa“ wird sich insbesondere mit der Erarbeitung einer Europäischen Grundrechtscharta befassen und Vorschläge zur wachsenden justiziellen Zusammenarbeit in Europa erarbeiten.

Bisherige Beratungen und Ergebnisse

Schwerpunkthemen des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) bildeten die europäische Rechtspolitik, die Erarbeitung von Konzepten zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung und Deregulierung sowie zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendkriminalität. Der BACDJ schrieb ferner sein rechtspolitisches Programm fort und veröffentlichte „12 Thesen zur Kriminalpolitik“.

Die Fachkommission „Europa“ des BACDJ knüpfte an ihre erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre an. Sie setzte sich intensiv mit der Verfassungsdiskussion in der Europäischen Union, der deutschen Ratspräsidentschaft, der justitiellen Zusammenarbeit, der Erweiterung der Rechte des Europäischen Parlaments und der institutionellen Reform des Europäischen Gerichtshofs sowie der Reform der Organe der Europäischen Union auseinander. Darüber hinaus erarbeitete sie Vorschläge zur Reform der Gruppenfreistellungs-Verordnung für vertikale Wettbewerbsbeschränkungen sowie zur Novellierung von Kartellverordnungen.

Mit dem rechtspolitischen Zukunftsforum „Recht sichert die Freiheit“ am 27. August 1999 in Dresden konnte der BACDJ nicht nur den sächsischen Landtagswahlkampf erfolgreich unterstützen, sondern auch in Podiumsgespräch und Diskussion mit namhaften Vertretern aus Justiz und Politik die Frage erörtern, wie viel Verrechtlichung unsere Demokratie verträgt. In seinen Dresdner Thesen zur Deregulierung hat der BACDJ neben einer Konzentration auf staatliche Kernaufgaben konkrete Forderungen zur Deregulierung an Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz formuliert.

Auf seiner Fachtagung am 26./27. September 1999 hat der BACDJ Antworten auf aktuelle Fragen rot-grüner Rechtspolitik gegeben. In drei Themenkomplexen diskutierten die Mitglieder die beabsichtigte Rechtsmittelreform und Einführung des dreigliedrigen Gerichtsaufbaus. Sie widmeten sich ferner der ursachenorientierten Kriminalpolitik und der Reform des Föderalismus.

Beschlüsse/Erklärungen

30. April 1999 Erklärung zum Übereinkommen zur grenzüberschreitenden Verfolgung von Verkehrssündern

- Mai 1999 Thesen zur Reform der Gruppenfreistellungs-Verordnung für vertikale Wettbewerbsbeschränkungen
1. Juni 1999 Erklärung zum Europäischen Rat von Köln
16. Juli 1999 „12 Thesen zur Kriminalpolitik“
20. August 1999 Erklärung zum Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung
27. August 1999 „Dresdner Thesen zur Deregulierung“
24. September 1999 Erklärung zu den Amnestieforderungen mehrerer Abgeordneter von Bündnis90/Die Grünen
29. September 1999 „Antworten auf rot-grüne Rechtspolitik“
5. Oktober 1999 Erklärung anlässlich des 17. Deutschen Richtertags
14. Januar 2000 Zur Reform der Europäischen Union

Gesprächskreis Kultur

Vorsitzender: Dr. Norbert Lammert

Geschäftsführer: Christoph Bender

Konstituierung: 22. April 1999

Arbeitsplanung 1999/2002

Unter Vorsitz von Dr. Norbert Lammert und unter Beteiligung des Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble trafen sich die Mitglieder des Gesprächskreises Kultur zur konstituierenden Sitzung dieses Gremiums am 22. April 1999 im Berliner Reichstagsgebäude.

Die Mitglieder des Gesprächskreises, rund 40 namhafte Vertreter aus allen wichtigen Sparten von Kunst und Kultur, sind sich über die wachsende Bedeutung von Kunst und Kultur sowohl für die individuelle Orientierung als auch für die gesellschaftliche und politische Entwicklung einig. Sehr positiv aufgenommen wurde auch der von Dr. Lammert bei der Konzeption des Gesprächskreises verfolgte Ansatz, in einem möglichst wenig formalisierten Gremium die Diskussion und den Meinungsaustausch insbesondere auch weit über den üblichen Kreis der Mitglieder eines Bundesfachausschusses hinaus führen zu können.

Der Gesprächskreis Kultur hat es sich für seine dreimal jährlich anberaumten Sitzungen zum Ziel gesetzt, aktuelle und grundsätzliche Fragen der kulturpolitischen Entwicklung zu erörtern und ins-

besondere den Dialog zwischen Politikern und Kulturschaffenden zu fördern. Sukzessive soll ein dichtes Netzwerk der Kontakte und des Gedankenaustausches innerhalb der kulturellen Szene entstehen. Insbesondere auf diese Art und Weise wird die CDU kontinuierlich und an kompetenter Stelle für ihre ausgeprägte kulturpolitische Kompetenz werben können.

Die CDU nimmt darüber hinaus mit der Einrichtung des Gesprächskreises Kultur den deutlich vernehmbaren Wunsch von Künstlern und Kultureinrichtungen auf, beratend auch auf konkrete Gesetzgebungsvorhaben und deren häufig unterschätzte Folgen für die künstlerische Arbeit einzuwirken.

Die zweite Sitzung des Gesprächskreises Kultur, die anlässlich des kulturpolitischen Kongresses der CDU am 2. Juli 1999 in Weimar stattfand, wurde in diesem Sinne zu zahlreichen Gesprächen am Rande der Veranstaltung genutzt. Gemäß dem Motto der Veranstaltung „Kulturstaat Deutschland – Verfassungsauftrag im Alltag“ waren die Chancen und Risiken einer Kulturpolitik im Spannungsfeld von Verfassungsauftrag, Haushaltslage und Anforderungen der Informationsgesellschaft Hauptthema der Unterredungen.

Angesichts der wachsenden Bedeutung der Kulturszene in Berlin nach dem Umzug von Parlament und Regierung stand die Hauptstadtkulturförderung im Mittelpunkt der dritten Sitzung am 26. Oktober 1999 in Berlin. Mit dem Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Professor Lehmann, und einen Vertreter der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur konnten zwei wichtige Repräsentanten als Gesprächspartner für die Veranstaltung in den Räumen der Museumsinsel gewonnen werden.

Im März 2000 tagte der Gesprächskreis Kultur auf Einladung des Kulturkreises der Deutschen Wirtschaft im BDI im Haus der Arbeitgeber in Berlin. Neben Vertretern des BDI-Kulturkreises nahm an diesem Abend der Präsident der Akademie der Künste, György Konrád, als Gast an der Sitzung des Gesprächskreises Kultur teil und gab einen ebenso spannenden wie interessanten Ausblick auf die Arbeit der Akademie der Künste in den nächsten Jahren. Dr. Lammert nutzte die Gelegenheit, die Teilnehmer der Sitzung über den aktuellen Stand bei der geplanten Reform des Stiftungsrechts zu informieren.

Der Gesprächskreis Kultur der CDU Deutschlands will auch in den kommenden Jahren der zentrale Ort des Austausches von kulturpolitischen Ansätzen und Konzeptionen sein und breite Wirkung der kulturellen Szene entfalten.

2.7 Aussiedlerbeauftragtenkonferenz

Unter Vorsitz der Aussiedlerbeauftragten der CDU Deutschlands, Eva-Maria Kors, trat die Konferenz der Aussiedlerbeauftragten der CDU Deutschlands am 21. Oktober 1999 zu ihrer turnusmäßigen Sitzung zusammen. Als sachkundiger Referent war Dr. Hensen in seiner Funktion als Präsident des Bundesverwaltungsamtes geladen, der die Mitglieder der Aussiedlerkonferenz mit einem aktuellen

Sachstandsbericht über die Entwicklung der Aussiedlerzahlen, neue gesetzliche Regelungen und Veränderungen im Bereich der Integrationskonzepte von Bund und Ländern informierte.

Bei der Bewertung der aktuellen Entwicklung der Aussiedlerpolitik waren sich die Mitglieder der Aussiedlerkonferenz einig, dass gut ein Jahr nach Übernahme der Regierungsverantwortung durch SPD und Grüne Aussiedler, Spätaussiedler und ihre Angehörigen mit Sorgen in die Zukunft blicken müssen. Die Bundesregierung habe in den vergangenen Monaten mit einer Reihe von Ankündigungen und Maßnahmen nicht nur viele Aussiedler und ihre Familien verunsichert, sondern auch das berechtigte Anliegen nach Rückkehr und Integration in die Heimat der Väter für viele Aussiedler in weite Ferne rücken lassen:

- Die für das Jahr 2000 vorgesehene Beschränkung der Erstattung der Reisekosten auf 200 DM für die Umsiedlung aus den Herkunftsgebieten nach Deutschland macht die Ausreise für viele Familien angesichts der aufwendigen Reise unmöglich.
- Die geplante Festlegung der jährlichen Einreisezahlen auf 100.000 ist ein falsches Signal, insbesondere für ca. 160.000 Spätaussiedler in den Herkunftsgebieten, die bereits einen Aufnahmebescheid haben.
- Die Verlängerung des Wohnortezuweisungsgesetzes über den Juli 2000 hinaus ist nach Meinung von Frau Kors angesichts des ohnehin stark gesunkenen Zuzugs von Aussiedlern eine unnötige Beschränkung des Grundrechtes auf Freizügigkeit, allerdings muss dies mit den Ländern diskutiert werden, die die Integrationsarbeit vor Ort leisten.
- Die finanziellen Kürzungen für die Kulturarbeit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und für andere Organisationen der Aussiedlerkulturarbeit und der Sprachbildung lassen befürchten, dass die so wichtige Integrationsarbeit der Verbände und freien Träger in Zukunft nicht mehr flächendeckend geleistet werden kann.
- Der angekündigte Ausbau des „Modells 6+4“ für einen sechsmonatigen Sprachkurs und ein viermonatiges Praktikum leidet zudem immer noch unter den fehlenden Leistungen für den Lebensunterhalt in der Phase des Praktikums.

Die Mitglieder der Aussiedlerkonferenz waren sich einig, dass die CDU Deutschlands der traditionelle Anwalt für die politischen und persönlichen Belange der Aussiedler und Spätaussiedler ist und bleiben muss. Nach dem Willen der Aussiedlerkonferenz wird sich die Aussiedlerpolitik der CDU auch in Zukunft an den Schicksalen und Anliegen der Aussiedler, Spätaussiedler und deren Familien sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in den Herkunftsgebieten orientiert und soll auch weiterhin geprägt sein durch die Grundsätze der Solidarität und der Verantwortung. Die Mitglieder der Aussiedlerkonferenz wollen auch in Zukunft deutlich ihre Stimme erheben, wenn Sparpolitik auf dem Rücken der Aussiedler und ihrer berechtigten Anliegen gemacht werden soll.

2.8 Integrationsbeauftragtenkonferenz

Unter Vorsitz von Generalsekretärin Dr. Angela Merkel konstituierte sich am 27. Oktober 1999 in Berlin die Integrationsbeauftragtenkonferenz der CDU Deutschlands. Dieses neue Gremium hat es sich im Anschluss an die erfolgreiche Kampagne der CDU unter dem Motto „Ja zur Integration – Nein zur doppelten Staatsangehörigkeit“ zum Ziel gesetzt, das Thema der Integration der ausländischen Mitbürger noch stärker als bisher innerhalb der CDU zu diskutieren. Mitglieder des Gremiums sind neben den Integrationsbeauftragten der Landtagsfraktionen von CDU und CSU die Vorsitzenden von entsprechenden Fachausschüssen sowie von integrationspolitischen Gremien der CDU auf Bundes- und Länderebene. Ergänzt wird dieser Kreis durch wichtige öffentliche Funktionsträger aus dem Bereich der Innenpolitik. Neben der Vorstellung und Erörterung von Integrationsmaßnahmen in den einzelnen Bundesländern stand die Erarbeitung einer Musteranfrage zur Integrationspraxis für die CDU-Landtagsfraktionen im Mittelpunkt der Beratungen der ersten Sitzung.

Die zweite Sitzung des neuen Gremiums fand am 15. Februar 2000 in Berlin statt. Schwerpunkt der Beratungen waren neben aktuellen Fragen der Integrationspolitik die Einführung islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache als ordentliches Lehrfach nach Art. 7 Abs. 3 GG – rechtliche Voraussetzungen, religionspädagogische Anforderungen und andere Fragestellungen in Zusammenhang mit einem solchen Projekt. Als sachkundige Referenten sprachen Regierungsdirektorin Dr. Barbara Lichtenthäler (Leiterin des Kirchenreferats im baden-württembergischen Ministerium für Kultus, Jugend und Sport) sowie Regierungsdirektor Dr. Ulrich Seiser (Bayrisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus) zu den Teilnehmern der Sitzung.

Erste Arbeitsergebnisse der Unterkommission „Integration“ des Bundesfachausschusses Innenpolitik konnten darüber hinaus Barbara John (Ausländerbeauftragte des Berliner Senats) und Meinrad Belle präsentieren. Bülent Arslan stellte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender Konzeption und Arbeit des Deutsch-Türkischen Forums Nordrhein-Westfalen vor.

Die Konferenz wird das Integrationsthema auch in Zukunft intensiv verfolgen. Die Mitglieder der Integrationsbeauftragtenkonferenz stimmen darüber überein, dass wirksame Integrationspolitik immer eine Querschnittsaufgabe ist, die bildungs-, familien- und kulturpolitische Aufmerksamkeit erfordert; darüber hinaus aber auch Maßnahmen im Bereich der Bau- und Wohnungspolitik sowie der Wirtschaftsförderung. Dies erfordere personelle und sächliche Mittel: für zusätzliche Förderklassen für Schüler, die keine ausreichenden Sprachkenntnisse besitzen, für Sprachunterricht für nichtdeutsche Eltern, damit sie die Integration ihrer Kinder begleiten und unterstützen können, für Projekte zur schulischen und beruflichen Qualifizierung junger Ausländer, für Wohnungsbauprojekte, damit die Wohngebiete ausreichend sozial und kulturell durchmischt sind, etc. Das Integrationskonzept der Union, das die Koalition im Juni im Deutschen Bundestag ohne inhaltliche Auseinandersetzung abgelehnt hat, geht genau diesen ressortübergreifenden Weg.

3. Wahlkämpfe

3.1 Europawahlkampf

3.1.1 Konzept und Strategie

Der Europawahlkampf war darauf angelegt, die Auseinandersetzung über die bessere Europapolitik mit der innenpolitischen Auseinandersetzung zu koppeln (siehe Bericht der Bundesgeschäftsstelle, 12. Parteitag, Erfurt, 25.-27. April 1999, Abschnitt 5). Ziel war es, den deutlichen Kompetenzvorsprung in der Europapolitik zu nutzen und das Versagen der Regierung Schröder/Fischer bei den Verhandlungen zur „Agenda 2000“ herauszustellen. Gleichzeitig sollte der Vertrauensverlust von Rot-Grün thematisiert werden, der durch die Orientierungslosigkeit in der Beschäftigungspolitik, durch die Ökosteuer und das Durcheinander bei den 630-Mark-Arbeitsverhältnissen hervorgerufen wurde. Die Angriffsstrategie mündete in der Aussage: „Wer schon an 630-Mark scheitert, sollte Europa anderen überlassen.“ Gleichzeitig präsentierte sich die CDU mit dem Positivslogan „Mitten im Leben, mitten in Europa“ als kompetenter und zukunftsgerichteter Partner der Bürgerinnen und Bürger.

Ziel war es, die Europawahl zu gewinnen, um so einen entscheidenden Beitrag leisten zu können, dass die Europäische Volkspartei wieder stärkste Kraft im Europaparlament würde. Es galt, die Vormachtstellung der Sozialisten zu brechen und die bürgerlichen Kräfte zu stärken.

Alle Wahlziele wurden erreicht. Erstmals sind die christlich-demokratischen und konservativen Kräfte stärkste Fraktion im Europäischen Parlament. Die Union hat in Deutschland nicht nur mit 53 Abgeordneten die absolute Mehrheit der 99 deutschen Sitze im Europäischen Parlament errungen, sondern mit 48,7 Prozent auch europaweit das mit Abstand beste Ergebnis aller an den Wahlen teilnehmenden Parteien erzielt. Darüber hinaus hat sie mit ca. 50,8 Prozent im alten Wahlgebiet West (incl. Westberlin) das historisch höchste Wahlergebnis erreicht.

Die Bestimmungsgründe für den Erfolg liegen in der herausragenden europapolitischen Kompetenz der Union, im deutlichen Kompetenzvorsprung der europäisch immer wichtig werdenden Themen Geldwertstabilität (EURO), Sicherheit sowie Wirtschaft und Beschäftigung. Gleichzeitig hat die vor allem über das Chaos bei den 630-Mark-Beschäftigungsverhältnissen zugespitzte innenpolitische Auseinandersetzung ebenfalls Wirkung zugunsten der CDU gezeigt.

Die CDU konnte im übrigen mit einer zentralen Großkundgebung mit führenden Bundes- und Europapolitikern und einem frischen und ansprechenden Unterhaltungsprogramm in der Köln-Arena zwei Wochen vor dem Wahlgang die eigene Anhängerschaft noch einmal für die heiße Phase der Wahlausausscheidung besonders mobilisieren. Die CDU hat verdeutlichen können, dass sie die engagiertere und kompetentere politische Kraft für ein starkes Deutschland in einem starken Europa ist.

Besonders erfreulich ist das hohe Unionsergebnis bei den Jung- und Erstwählern. Bei den Wahlen im Jahr 1999 hat die CDU erstmals in ihrer Geschichte bei den Jungwählern Ergebnisse in der Nähe

oder sogar über ihrem Gesamtergebnis erzielt. Darin kommt zum Ausdruck, dass gerade die junge Generation der CDU die höhere Zukunftskompetenz zubilligt.

3.1.2 Instrumente des Wahlkampfes

Kandidatenservice

Der CDU-Kandidatenservice war seit Februar 1999 telefonisch rund um die Uhr zu erreichen. Zu dem Service gehörten das Angebot für Kandidaten-Portraits, ein Fototermin mit dem Parteivorsitzenden, eine kostenlose Grundausstattung mit 1.000 Kandidatenplakaten sowie das Angebot personenbezogener Kandidatenprospekte und Werbemittel.

Infonet

Die CDU hatte im Bundestagswahlkampf 1998 mit dem KandiNet, einem geschlossenen Netz im Internet, die Bundestagskandidaten online unterstützt. Aufbauend auf diesen Erfahrungen hat die Bundesgeschäftsstelle Anfang 1999 zum Europawahlkampf das Infonet geöffnet. Mit einem Passwort konnten die Europakandidaten, aber auch interessierte Funktions- und Mandatsträger der CDU dieses interne Informations- und Kommunikationsangebot nutzen. Dort wurden u.a. Argumentationshilfen, Redebausteine, Termine, Werbemittel, Informationen über die politischen Gegner, Flugblätter sowie Kandidaten-Informationen zur Verfügung gestellt. Das Infonet wird über die Europawahl hinaus als internes online-Angebot für interessierte CDU-Funktions- und Mandatsträger weitergeführt.

Infofax

Der Infofaxdienst war im Europawahlkampf ebenfalls ein wichtiges Informationsmittel. Zwischen April und dem Wahltag wurden insgesamt 16 Infofaxe an die Funktions- und Mandatsträger versandt, darunter vor allem eilige Flugblattvorlagen.

Insertion

Im Europawahlkampf hat sich die CDU bei Anzeigen im wesentlichen auf eine Tageszeitungskampagne konzentriert. Belegt wurden die „Bild“-Gesamtausgabe sowie ausgewählte Tageszeitungen in den neuen Bundesländern. Vom 3. Mai bis 7. Juni wurde dort sechsmal – in der Regel montags – eine Balkenanzeige mit aktuellen politischen Inhalten geschaltet. Die sechs Balkenanzeigen erschienen in der Bild-Zeitung, in der Thüringer Allgemeinen, der Freien Presse, der Mitteldeutschen Zeitung, der Märkischen Allgemeinen, der Berliner Zeitung, der B.Z. und in der Ostsee-Zeitung.

Mit zwei ganzseitigen Schlussanzeigen – jeweils eine in der „Super-Illu“ und der „Bild“-Gesamtausgabe – wurden die Wahlkampfthemen zusammengefasst und mit einem Wahlauf Ruf für die CDU verbunden.

Plakatierung

Kommerzielle Plakatierung

Zur kommerziellen Plakatierung gehörten Sondergroßflächen (Wesselmann), Großflächen, Ganzstellen, „City Light Boards“ und „Superposter“. Die Plakatierung auf den Sondergroßflächen (4.000) begann Anfang Mai. Auf den übrigen Flächen startete die Beklebung am 21. Mai und erstreckte sich auf zwei Dekaden. Insgesamt waren 23.646 Großflächen (incl. Sondergroßflächen), 1.075 Ganzstellen (Litfasssäulen), 482 „City Light Boards“ und 448 „Superposter“ gebucht worden.

Auf den Sondergroßflächen wurden bis zum 21. Mai die Motive „Grundgesetz“ und „Frieden“ und anschließend – wie auch auf den anderen Plakatflächen – die Motive „Keine Angst“, „Nur ein starker Euro ist ein guter Euro“ und „Schäuble/Merkel“ geklebt. Vom 1. Juni bis zum Wahltag wurden die Motive „OP“, „Leuchtturm“ und „Schäuble“ plakatiert. Die Superposter, die nur in der zweiten Dekade eingesetzt wurden, trugen das Motiv „Leuchtturm“, und zum Europafest am 30. Mai in Köln wurden 100 Dreieckständer und eine mobile Großfläche mit dem Motiv „OP“ eingesetzt.

Parteiplakatierung

Im Europawahlkampf wurde den Kreisverbänden eine kostenlose Grundausstattung von insgesamt max. 3.000 Plakaten je Kreisverband mit folgenden Motiven zur Verfügung gestellt: Innere Sicherheit „Keine Angst“, „Nur ein starker Euro ist ein guter Euro“ und „Wissen, wo's langgeht“. Zudem wurden die Motivplakate „OP“ und „Grundgesetz“ sowie das Textplakat „Frieden“ angeboten.

Fernseh- und Hörfunk-Werbung

Die Werbung im Fernsehen und Hörfunk gehört zu den zentralen Mitteln der Massenkommunikation. Die CDU hat sich bei den TV- und Hörfunk-Spots auf die Themen „Innere Sicherheit“, „Arbeitslosigkeit“ und „630 DM“ konzentriert, um den Bürgerinnen und Bürgern das Versagen der Schröder-Regierung zu verdeutlichen.

Fernseh-Spots

Zwischen dem 17. Mai und 12. Juni gab es in ARD und ZDF jeweils acht Schaltungen von 90 Sekunden. Bei den Privatsendern SAT 1, RTL, Pro 7, Kabel 1 und NTV wurden im selben Zeitraum insgesamt 167 Spots von 30 Sekunden geschaltet.

Hörfunk-Spots

Bei den öffentlich-rechtlichen Hörfunksendern wurden zwischen dem 10. Mai und dem 12. Juni 65 Spots von 90 Sekunden ausgestrahlt. Im privaten Hörfunk wurden bei 17 Sendern insgesamt 476 Spots von 30 Sekunden geschaltet, und zwar in der Zeit vom 1. Juni bis zum Wahltag. Analog zu den Spots im Privatfernsehen standen auch dabei die Themen „Innere Sicherheit“, „Arbeitslosigkeit“ und „630 DM“ im Mittelpunkt.

Veranstaltungen

Zwischen dem 5. Mai und dem 10. Juni 1999 hat die Bundesgeschäftsstelle 25 Wahlkampfkundgebungen mit dem Parteivorsitzenden durchgeführt. Höhepunkt in dieser Veranstaltungsreihe war zweifellos die Großkundgebung am 30. Mai in der Köln-Arena. Hier konnten führende Bundes- und Europapolitiker die eigene Anhängerschaft für die heiße Wahlkampfphase noch einmal besonders motivieren.

Bundesrednereinsatz

Im Europawahlkampf wurden in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden insgesamt 315 Bundesrednereinsätze organisiert, die von 32 Bundespolitikern wahrgenommen wurden.

3.2 Landtagswahlkämpfe

Seit dem 12. Parteitag in Erfurt fanden sieben Landtags-, Bürgerschafts- und Abgeordnetenhauswahlen statt, bei denen die jeweiligen Landesverbände durch das Bundesrednerprogramm der Bundesgeschäftsstelle organisatorisch unterstützt wurden. (Dies gilt übrigens auch für den Kommunalwahlkampf in NRW, in dem acht Kundgebungen mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble durchgeführt wurden.)

Bürgerschaftswahl in Bremen am 6. Juni 1999

Die Bürgerschaftswahl in Bremen wurde durch vier Bundesredner im Rahmen des Europawahlkampfes unterstützt, sie bestritten insgesamt fünf Wahlkampfveranstaltungen.

Landtagswahl in Brandenburg am 5. September 1999

In Abstimmung mit dem Landesverband Brandenburg konnten 20 Bundespolitiker von CDU und CSU für insgesamt 30 Wahlkampfeinsätze gewonnen werden. Der Parteivorsitzende Dr. Wolfgang Schäuble hatte vier Termine in Potsdam, Eberswalde, Senftenberg und Herzberg/Elster übernommen.

Landtagswahl im Saarland am 5. September 1999

In Absprache mit dem Landesverband Saar wurden von der Bundesgeschäftsstelle 25 Wahlkampfeinsätze organisiert, bei denen 13 Bundesredner zum Einsatz kamen. Der Parteivorsitzende Dr. Wolfgang Schäuble sprach auf zwei Kundgebungen in Saarlouis und Neunkirchen.

Landtagswahl in Thüringen am 12. September 1999

Im Landtagswahlkampf in Thüringen hat die Bundesgeschäftsstelle für 28 Bundespolitiker 75 Wahlkampfeinsätze organisiert, davon drei Kundgebungen mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble in Weimar, Suhl und Nordhausen.

Landtagswahl in Sachsen am 19. September 1999

In Sachsen wurden in Absprache mit dem Landesverband 49 Einsätze für 17 Bundespolitikern organisiert. Der Parteivorsitzende Dr. Wolfgang Schäuble sprach auf vier Kundgebungen in Görlitz, Dresden, Leipzig und Chemnitz.

Abgeordnetenhauswahl in Berlin am 10. Oktober 1999

Zu den Abgeordnetenhauswahlen wurden in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Berlin 85 Wahlkampfveranstaltungen organisiert. Die Termine wurden von 25 Bundesrednern wahrgenommen. Der Parteivorsitzende Dr. Wolfgang Schäuble sprach auf zwei Kundgebungen im Rathaus Schöneberg und im Festzelt Oktoberfest.

Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 27. Februar 2000

Im Landtagswahlkampf wurden in Absprache mit dem Landesverband 93 Veranstaltungen für 20 Bundespolitiker der Union organisiert, darunter sechs Kundgebungen mit dem Parteivorsitzenden in Kiel, Bad Oldesloe, Groß Wittensee, Pinneberg, Schönberg und Neumünster.

4. Veranstaltungen und Aktionen

4.1 Kongresse

4.1.1 Wertekongress

Anlässlich des zehnten Jahrestags des Falls der Mauer hat die Wertekommission der CDU ein Diskussionspapier mit dem Titel „... und manchmal steht sie noch! – 10 Thesen im 10. Jahr nach dem Fall der Mauer“ vorgelegt und zu einem Grundwerteforum „Freiheit, die wir meinen“ am 15. Mai 1999 in Cottbus eingeladen, auf dem diese Thesen ausführlich diskutiert wurden. Anliegen des Grundwerteforums war es, Anstöße für eine gesamtdeutsche Wertediskussion und eine wertorientierte Politik zu geben. Dies sollte vor dem Hintergrund des unbefriedigenden Wahlergebnisses vom 27. September 1998 und der oft formulierten These geschehen, dass vor allem der Grundwert Freiheit in Ost und West einen unterschiedlichen Klang hätte. Dies schien Grund genug, die Fragen aufzuwerfen: „Wie wichtig ist uns der Wert der Freiheit zehn Jahre nach dem Fall der Mauer? Meinen wir eigentlich dasselbe, wenn wir im wiedervereinigten Deutschland von Freiheit reden? Welche Konsequenzen hat Freiheit?“ Und vor allem: „Welche Erfahrungen haben Menschen mit der neugewonnenen Freiheit gemacht?“

„Wie weit sind wir eigentlich bei der Vollendung der inneren Einheit Deutschlands?“ Die letzten zehn Jahre waren zehn gute Jahre für Deutschland. Die deutsche Einheit ist ein großes Glück für alle in Ost und West. Die Mauer ist heute Geschichte. Doch das gegenseitige Verständnis und das Gespräch zwischen Ost und West waren nicht immer von der gleichen Intensität wie der ökonomische Wiederaufbau. Dies ist der Grund, weshalb die CDU der Vollendung der inneren Einheit Deutschlands weiter höchste Priorität einräumt.

Um das Gespräch zu fördern, waren vor allem „die Menschen von nebenan“ nach Cottbus eingeladen: Der Jugendliche, der einen Arbeitsplatz sucht; die ältere Dame, die heute im Altenheim lebt; der Wiedereinrichter aus dem Westen; der erfolgreiche Neugründer; aber auch der ehemalige SED-Bürgermeister, der neu begonnen hat und nun seinen Platz in der Gesellschaft einfordert. 350 Teilnehmer und die zahlreichen Medienvertreter zeigten sich positiv überrascht von der Cottbuser Veranstaltung: „Das hätte ich der CDU nicht zugetraut“, äußerten sich viele Beobachter.

„Mir ist wichtig, deutlich zu machen, dass die CDU die Botschaft des 27. Septembers 1998 verstanden hat“, sagte Generalsekretärin Dr. Angela Merkel. „Es kann uns als Partei der deutschen Einheit nicht ruhen lassen, dass wir mit rund 27 Prozent sehr deutlich nur den 2. Platz zugewiesen bekommen haben. Unser Anspruch ist es, die führende politische Kraft in den neuen Bundesländern zu sein.“

Der Parteivorsitzende Dr. Wolfgang Schäuble machte in seiner Begrüßung deutlich: „Eine klare Vorstellung von dem, was Grundwerte im politischen Sinne bedeuten und welche Prioritäten man ... setzen will, ist auch für jede konkrete Politik unbedingt notwendig.“ Er hob hervor, dass der Anstoß zu einer Vertiefung der Grundwertedebatte in der Union nicht zuletzt aus den neuen Bundesländern

gekommen sei und fügte an: „Ich fände es gut, wenn sich davon auch recht viele in den alten Bundesländern angestoßen hätten.“

Auch der brandenburgische Landesvorsitzende Jörg Schönbohm und die Unionskandidatin für das Amt des Bundespräsidenten, Prof. Dagmar Schipanski, betonten, dass diese Aufgabe nur gemeinsam bewältigt werden könne. Schönbohm sprach sich für eine starke Zusammenarbeit aller Deutschen in Ost und West aus: „Für die Verwirklichung von Einheit und Freiheit brauchen wir auch die Hilfe derjenigen, die ursprünglich gegen die Wiedervereinigung waren.“ Dagmar Schipanski betonte, in ihren viermonatigen Reisen durch Deutschland sei sie auf wachsende Gemeinsamkeiten gestoßen. Es gäbe emotionale und psychologische Probleme, aber eben auch die Bereitschaft, darüber zu sprechen.

Das genau war Absicht des von der Wertekommission vorbereiteten Grundwerteforums. Der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Christoph Böhr, der zusammen mit dem Thüringer Kultusminister Dieter Althaus den Vorsitz der Kommission innehat, machte zum Schluss der Veranstaltung noch einmal deutlich: „Wir wollen die Bereitschaft in Ost und West fördern, sich miteinander zu beschäftigen.“ Die Partei der Einheit kann es nicht unberührt lassen, dass die Mehrheit der Menschen in Ost und West noch immer so wenig übereinander weiß. Der Dialog von Cottbus soll fortgesetzt werden.

4.1.2 Kulturpolitischer Kongress

Unter dem Motto „Kulturstaat Deutschland – Verfassungsauftrag im Alltag“ fand am 2. Juli 1999 im Kongresszentrum von Weimar das Zukunftsforum Kulturpolitik der CDU Deutschlands statt. Gut 400 Teilnehmer hatten sich in der renovierten Weimarahalle der Kulturstadt Europas 1999 eingefunden, um nach den einleitenden Worten des Vorsitzenden des Gesprächskreis Kulturpolitik der CDU, Dr. Norbert Lammert, die Rede von Dr. Wolfgang Schäuble zu hören.

In seinem Referat „Umbruch der Kulturlandschaft – neue Aufgaben für die Politik“ setzte sich der CDU-Vorsitzende zunächst mit der Bedeutung der Kultur für Mensch und Gesellschaft sowie mit den wichtigsten Grundlinien kultureller Entwicklung auseinander. Kultur sei Bestandteil jeder individuellen Sinnstiftung; der Kulturstaat wolle eine sinnstiftende Kulturlandschaft. „Der Mensch begreift oder fühlt zumindest, dass alle Güteransammlungen sein Leben nicht grenzenlos machen kann. Also sucht er nach einer anderen Sinnerfüllung in der ihm verbleibenden Zeitspanne. Er wird im kulturellen Sinne tätig. Ich denke wir können sagen, dass Kultur Bestandteil jeder individuellen Sinnstiftung ist.“ Die immer individuellere Gestaltung von Lebensläufen, zunehmende Mobilität, der Trend hin zur „Event-Kultur“ mit entsprechender Kommerzialisierung des Kulturbetriebes sowie die unbegrenzten Reproduktions- und Rezeptionsmöglichkeiten durch die elektronischen Medien hätten diese Kulturlandschaft für Künstler und Kulturinteressierte nachhaltig verändert. Anschließend zeigte Wolfgang Schäuble die angemessenen politischen Reaktionen auf diese Herausforderungen auf. Dazu gehörten Sicherung und Ausbau von kulturfreundlichen Rahmenbedingungen ebenso wie die Schaffung von wirkungsvollen Anreizen für mehr bürgerschaftliches Engagement in Form von

Ehrenämtern oder Stiftungs- und Mäzenatentum. Angesichts der neuen technologischen Möglichkeiten müsse sich der Staat auch seiner Erziehungsaufgabe stellen, d.h. er müsse sowohl die Lesekultur als auch die Medienkompetenz als die entscheidende Ausdrucks- und Verarbeitungsfähigkeit der jungen Generation fördern. Nur so könne ein Kulturstaat wie die Bundesrepublik Deutschland eine reiche und sinnstiftende Kulturlandschaft schaffen, die möglichst viele Menschen zum Teilhaben und Mitmachen anregt.

Die anschließende Diskussionsrunde, die vom sächsischen Wissenschaftsminister Prof. Dr. Hans-Joachim Meyer moderiert wurde, widmete sich vornehmlich der Kulturpolitik auf kommunaler Ebene. Die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth, Berlins Kultursenator Peter Radunski sowie die Stuttgarter Kulturbürgermeisterin Dr. Iris Magdowski berichteten von ihren vielfältigen Anstrengungen, trotz knapper öffentlicher Kassen und manchen verwaltungstechnischen Zwängen ein attraktives Kulturangebot für die Bevölkerung zu erbringen. Dr. Manfred Beilharz vom Theater der Bundesstadt Bonn sowie Prof. Dr. Franz Müller-Heuser, Präsident des Deutschen Musikrates sowie Vorsitzender des Deutschen Kulturrates, konnten diese Bemühungen von Seiten der Kulturschaffenden her interessant kommentieren und beleuchten.

Mehr von landespolitischen Themen geprägt war die Rede von Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Freistaates Thüringen. Vor dem Hintergrund der positiven Entwicklung seines Landes auch und gerade auf kulturellem Gebiet konnte Vogel insbesondere am Beispiel der Kulturstadt Weimar erläutern, wie sehr auch mit Hilfe der Kulturförderung frischer Wind in Stadt und Land eingezogen sei. Möglichen finanziellen Einschnitten in die reichhaltige Kulturlandschaft Thüringens, wie sie zur Zeit auf Bundesebene von der Regierung Schröder vorgenommen werden, erteilte Vogel eine klare Absage.

Mit Kultusminister Dieter Althaus stand ein weiterer prominenter Vertreter der Landesregierung bereit, um das zweite Forum „Kulturpolitik in der Informationsgesellschaft“ sachkundig zu moderieren. Eindrucksvoll konnte dabei Dr. Ingrid Hamm, die Leiterin des Bereichs Medien der Bertelsmann Stiftung, erläutern, wie sehr insbesondere das Internet die Nutzungsmöglichkeiten von Informationsangeboten aller Art revolutioniert und den Informationszugang zugunsten von weiterer Demokratisierung erleichtert habe. Als Vertreter der klassischen Medien und Vermittlungsformen konnten Roland Ulmer vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels, Prof. Dr. Christoph Stölzl vom Deutschen Historischen Museum in Berlin und MDR-Intendant Prof. Dr. Udo Reiter dieser Diagnose zustimmen. Das gemeinsame Bestreben der unterschiedlichen Anbieter von Informations- und Unterhaltungsmöglichkeiten müsse es in Zukunft sein, trotz aller ökonomischen Zwänge ein qualitativ möglichst hochwertiges Angebot zu präsentieren.

Diese Forderung konnte sich auch CDU-Generalsekretärin Dr. Angela Merkel in ihrer abschließenden Ansprache zu eigen machen. Es sei für eine Volkspartei wie die CDU unerlässlich, allen Teilen der Bevölkerung Zugang zu kulturellen Angeboten der verschiedensten Richtungen zu ermöglichen.

chen. Auch die Kulturarbeit müsse „Mitten im Leben“ sein, um ihre identitäts- und sinnstiftende Wirkung voll entfalten zu können.

4.1.3 Bildungspolitische Kongresse

Schul- und Hochschulbildung sowie berufliche Bildung und Weiterbildung haben angesichts wachsender Ansprüche einer zunehmend internationalen und technisierten Berufswelt für die Union höchste Priorität. Das dokumentieren auf dem Weg zu den neuen „Bildungspolitischen Leitsätzen“ der CDU im Herbst 2000 die beiden Bildungskongresse am 21. August 1999 in Saarbrücken und am 22. Januar 2000 in Kiel.

Am 21. August 1999 fand in Saarbrücken ein bildungspolitischer Kongress der CDU statt, der angesichts der schweren Versäumnisse der Landesregierung Klammern schulpolitischen Fragen gewidmet war. Unter dem Motto „Bildung und Erziehung als Grundlage unserer Zukunft“ wurden vor rund 350 Teilnehmern von namhaften Vertretern aus Schule, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik die Voraussetzungen und Chancen bedarfsgerechter Bildung erörtert. Die Grundsatzreferate hielten der Vorsitzende der CDU Deutschlands, Dr. Wolfgang Schäuble, und die Vorsitzende der CDU-Präsidiumscommission Bildung, die baden-württembergische Kultusministerin Dr. Annette Schavan.

Der Parteivorsitzende forderte vor dem Hintergrund der internationalen TIMSS-Studie ein Gesamtkonzept über die Lerninhalte an deutschen Schulen. Es genüge nicht, alle Schulen mit Internetanschlüssen und Computern auszustatten. Wichtiger als die Vermittlung von Fakten seien Orientierungswissen und Werteorientierung für die Lebensführung der Jugendlichen. Überdies sollten die nötigen Reformen im Bildungswesen die Leistungsbereitschaft junger Menschen fördern und die Grundlagen für lebenslanges Lernen schaffen. Fremdsprachenkenntnisse müssten verstärkt und der Religionsunterricht beibehalten werden.

Im zweiten Teil des bildungspolitischen Forums stellte die CDU mit ihren „Saarbrücker Thesen der Bildungspolitik“ die Weichen für den Bildungsparteitag im Herbst 2000. Kernpunkte sind die Forderungen nach einem bundesweiten Angebot des Abiturs binnen zwölf Jahren, die Einführung der ersten Fremdsprache ab Klasse eins, die verbesserte Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Grundschulen, der Vermerk außerschulischen Engagement im Zeugnis sowie nach abgestimmten Wegen der Benachteiligtenförderung zwischen beruflichen Schulen, Ausbildungsbetrieben und Jugendhilfe.

Dr. Annette Schavan trat in ihrer Rede zum Abschluss des bildungspolitischen Forums für eine stärkere Konzentration der Bildungspolitik auf die Verbesserung von Qualität und Erziehung ein. Dazu seien unter anderem in allen Bundesländern und in allen Schularten zentrale Prüfungen erforderlich. Nur durch vergleichbare Bildungsabschlüsse ließen sich nachhaltig international wettbewerbsfähige Bildungsstandards sichern.

Angesichts sinkender Lehrer- und Hochschullehrerzahlen und unzureichender Versorgung in Unterricht und universitärem Lehrbetrieb stellte die CDU ihr bildungspolitisches Zukunftsforum am 22. Januar 2000 in Kiel unter das Motto „Bildung – Investition in die Zukunft“. Mehr als 450 Teilnehmer diskutierten mit Experten aus Schule, Hochschule, Verbänden, Wirtschaft und Politik in zwei Foren Lösungswege zu schul- und hochschulpolitischen Fragen. Thematisiert wurden das bedarfsgerechte gegliederte Schulsystem, finanzierbare Wege der Unterrichtsversorgung sowie Maßnahmen der Qualitätssicherung von Bildung an allgemein- und berufsbildenden Schulen. Ebenso standen leistungsorientierte Wege der Hochschulentwicklung und Studienfinanzierung auf der Tagesordnung. Grundsatzreferate hielten der Vorsitzende der CDU Deutschlands, Dr. Wolfgang Schäuble, und die Vorsitzende der CDU-Präsidiumskommission Bildung, Dr. Annette Schavan.

Der CDU-Parteivorsitzende und Annette Schavan nutzten ihre Grundsatzreden angesichts der gebrochenen Wahlversprechen einer Verdopplung der Investitionen in Bildung und Forschung sowie der verhinderten großen BAföG-Reform zu einer Abrechnung mit sozialdemokratischer Bildungspolitik. Beide warben für eine Steigerung der Investitionen in Schulbildung, Forschung und Entwicklung eine nachhaltige Qualitätssicherung von Bildung sowie kürzere Ausbildungszeiten an Schulen und Hochschulen. Annette Schavan fügte hinzu, dass Schulen und Hochschulen nicht nur finanziell, sondern auch personell auf die Anforderungen des 21. Jahrhunderts vorbereitet werden müssten. Dabei müsse an Hochschulen auch über eine sinnvolle Kombination von Studiengebühren, BAföG, Bildungssparen und Bildungsdarlehen nachgedacht werden, die unter Wahrung der Sozialverträglichkeit Begabte und Bedürftige gleichermaßen berücksichtige.

4.1.4 Rechtspolitisches Zukunftsforum

Mehr als 600 Zuhörer waren der Einladung der CDU Deutschlands und des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen zum Zukunftsforum „Recht sichert die Freiheit“ am 27. August 1999 nach Dresden gefolgt.

Am Beginn des Zukunftsforums stand die Rede des sächsischen Ministerpräsidenten, Prof. Dr. Biedenkopf, zum Thema „Die Wechselwirkung zwischen Recht und Freiheit“. Der Ministerpräsident machte zunächst deutlich, das Recht und Freiheit in einem scheinbaren Spannungsverhältnis zueinander stünden. Freiheit müsse aber als Freiheit in Verantwortung und Verlässlichkeit verstanden werden. Mit Besorgnis betrachtete Prof. Dr. Biedenkopf die immer stärker fortschreitende Entwicklung zum Interventionsstaat. Dieser führe zu einem bevormundenden Staat, der der Freiheit des Bürgers immer weniger Raum und Entfaltungsmöglichkeiten lasse. Schließlich forderte der Ministerpräsident den Gesetzgeber dazu auf, sich in seinem Regelungsverhalten stärker zurück zu nehmen. Dieses ermögliche insbesondere der Verwaltung, freier zu gestalten und verhindere, sich lediglich auf die Durchführung und den Vollzug von Gesetzen zu beschränken.

Die Rede des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Dr. Wolfgang Schäuble, stand unter der Überschrift „Weniger Staat – Mehr Freiheit des Bürgers“. Er warnte eindringlich vor einem „Erstickungstod“ durch eine ausufernde Gesetzgebung. Jede Verschlankung des Staates sei allerdings nur dann glaubwürdig, wenn zugleich die Bürger in ihrer Steuer- und Abgabepflicht deutlich entlastet würden. Die Verwaltung forderte Dr. Schäuble dazu auf, wieder mehr gestaltende Verwaltung als vollziehende Bürokratie zu sein. Sie müsse sich mehr als Dienstleistungsunternehmen verstehen. Er forderte ferner dazu auf, von den Gesetzestechniken der Gesetzesbefristung, einer wirksamen Gesetzesfolgenabschätzung, der Öffnungs- und Experimentierklausel sowie der Genehmigungsfiktion stärker Gebrauch zu machen. Für eine Freiheitssicherung sei auch in Zukunft eine klare Kompetenzverteilung zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen erforderlich. Auf europäischer Ebene forderte er eine „Charta der Zuständigkeiten“.

In einer Podiumsdiskussion widmeten sich neben dem Staatsminister der Justiz des Freistaates Sachsen, Steffen Heitmann, weiterhin die Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof, Monika Harms, der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Rupert Scholz, die Vorsitzende der CDU-Präsidiumskommission „Spielraum für kleine Einheiten“, Christa Thoben und Oberlandesgerichtspräsident a.D. Dr. Rudolf Wassermann der zentralen Frage, wie viel Verrechtlichung unsere Demokratie verträgt. Die Veranstaltung wurde von dem Vorsitzenden des BACDJ, Herbert Helmrich, moderiert.

Prof. Dr. Scholz machte zunächst auf die Flut mit derzeit etwa 85.000 Gesetzen auf Bundesebene aufmerksam. Um einem sicheren „Erstickungstod“ zu entgehen, mahnte er eine stärkere Kontrolle der inhaltlichen Qualität einer Regelung (Gesetzesfolgenabschätzung) an. Er forderte dazu auf, auch in Zukunft staatliche Aufgaben grundsätzlich zu reduzieren und zu begrenzen. Frau Harms stellte zunächst eine Tendenz des Missbrauchs von Gesetzen in der strafrechtlichen Praxis fest. Hierfür sei jedoch weniger eine Überkompliziertheit der Gesetze als vielmehr ein mangelnder Konsens über das Gemeinwohl verantwortlich. Mit Nachdruck rief sie dazu auf, zu einer stärkeren Akzeptanz zur Rechtsordnung zurückzukehren. Als vordringliche Aufgaben bezeichnete Frau Thoben, Lösungsvorschläge zum Abbau von Mischfinanzierungen und der Schaffung von klaren Zuständigkeitsregelungen sowie Kompetenzabgrenzungen zu erarbeiten. Mit eindringlichen Worten warnte Dr. Rudolf Wassermann davor, in der Diskussion um Deregulierung und Entbürokratisierung Kritik an Recht und Gesetz schlechthin zu üben. Eine moderne Gesellschaft benötige eine größere Zahl an Gesetzen, die jedoch zwangsweise zu einer strengeren Erforderlichkeitsprüfung (Gesetzesvermeidung) führen müsse. Staatsminister Heitmann MdL unterstrich in einer Gegenthese, dass die Demokratie der Verrechtlichung bedürfe. Der Ruf nach einer unabhängigen Justiz sei eine zentrale Forderung der friedlichen Revolution in der DDR im Jahre 1989 gewesen. In seinem Schlusswort widmete sich der Staatsminister der Justiz des Freistaates Sachsen dem Thema „Rechtspolitik in Sachsen – Bilanz und Ausblick“.

4.1.5 Film-Forum und Präsenz auf der IFA

Bereits zum zweiten Mal veranstaltete der Bundesfachausschuss Medienpolitik ein Filmforum anlässlich der Internationalen Funkausstellung in Berlin, am 30. August 1999. Unter dem Thema „Finanzierung des deutschen Films – Analyse und Perspektive“ gaben der Parteivorsitzende Dr. Wolfgang Schäuble und der Geschäftsführer Programm der Kirch-Gruppe, Jan Mojto, eine Einführung. Unter Moderation des Obmanns für Kultur und Medien der CDU-CSU Bundestagsfraktion, Bernd Neumann, diskutierten anschließend Stefan Arndt (Geschäftsführender Gesellschafter und Produzent „X film creativ pool“), Ruth Hieronymi (Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien des Europäischen Parlaments), der Präsident der Film-Förder-Anstalt Eberhard Junkersdorf (Geschäftsführender Gesellschafter und Produzent „Bioskop Film“), Friedrich Merz (stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion), der Präsident des Bundesverbandes mittelständischer Wirtschaft, Mario Ohoven, Dietmar Thielen (Investitionsbank des Landes Brandenburg) sowie Dr. Friedrich-Carl Wachs (Geschäftsführer Studio Babelsberg).

Vor etwa 150 Gästen aus der Film- und Fernsehbranche wurde im Ergebnis der Diskussion insbesondere eine Initiative der Bundestagsfraktion vereinbart, mit der eine Klarstellung des § 2b EStG zur Interpretation von Verlustgesellschaften, wie etwa auch von Film- und Fernsehproduktionsprojekten bewirkt werden soll. Des Weiteren wurden Einzelvorstöße zur Novellierung des Bundesfilmförderungsgesetzes angeregt, die von der Arbeitsgruppe Film des Bundesfachausschusses aufgegriffen und vorbereitet werden sollen.

Diesem Filmforum vorangegangen war ein Filmempfang der CDU Deutschlands anlässlich der Verleihung des Deutschen Filmpreises am 17. Juni 1999 im Institut für zeitgenössische Kunst und Theorie im „Kunste-Werke e.V. Berlin“, der vom Regierenden Bürgermeister, Eberhard Diepgen eröffnet wurde. Bernd Neumann informierte anschließend die etwa 150 Repräsentanten aus Film und Fernsehen über das bevorstehende Filmforum der CDU und forderte u.a. die Stärkung der unabhängigen Produzenten.

Auf der Internationalen Funkausstellung war die CDU mit einem eigenen Stand vertreten. Zunächst eröffnete Generalsekretärin Dr. Angela Merkel zu Beginn der IFA das neue Mitglieder-Intranet der CDU. Anschließend wurden auf dem Stand jeden Tag Mandatsträger der CDU sowie Experten aus der Fernseh- und Filmszene zu aktuellen politischen Fragen bzw. zu Fragen der Ausbildung in der Medienbranche interviewt. Die Beiträge wurden auf der Homepage der CDU wiedergegeben und stellenweise als Live-Mitschnitt per Videosequenz über Internet-TV abrufbar eingestellt.

4.1.6 Sonntagsforum zur Medienkompetenz

„Die vernetzte Familie – Internet und TV im Focus der Erziehung“ lautete das Thema eines Sonntagsforums der CDU Deutschlands, das in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung am 12. Dezember 1999 in Berlin im Dorint-Hotel durchgeführt wurde. Nach einer Einführung von Dr. Ingrid Hamm

(Leiterin Bereich Medien der Bertelsmann Stiftung) hielt Liza Kessler, Chefberaterin von „GetNet Wise.org“ am Center for Democracy and Technology in Washington, einen Gastvortrag. Anschließend diskutierten die stellvertretende Chefredakteurin der Zeitschrift 'Eltern', Marie-Luise Lewicki; Prof. Wassilios E. Fthenakis (Staatsinstitut für Frühpädagogik München), Peter Süß (Chefautor „Gute Zeiten – Schlechte Zeiten“) und Generalsekretärin Dr. Angela Merkel unter Moderation von Dr. Willi Steuel (stellvertretender Intendant des Südwest Rundfunks) zum Thema. Dabei ging es insbesondere um die Frage, wie Eltern mitten in der digitalen Medienwelt ihre Erziehungsverantwortung weiterhin wahrnehmen können. Die Generalsekretärin forderte vor dem Hintergrund einer wachsenden Kompetenzkluft zwischen Jung und Alt beim Umgang mit den Neuen Medien eine Initiative zur Förderung der Medienkompetenz von Eltern und Erwachsenen: „mehr-wissen-über-medien.de“.

4.2 Berliner Gespräche

Die „Berliner Gespräche der CDU Deutschlands“ sind eine neue Veranstaltungsreihe, mit der die CDU den öffentlichen Diskurs über aktuelle und zukunftsgerichtete Fragestellungen beleben will. Die Veranstaltungen sollen sowohl einen Beitrag zur Grundsatzdebatte in der CDU leisten als auch über kontrovers geführte Diskussion neue Denk- und Politikansätze in die öffentliche Debatte einführen. Angesprochen werden interessierte Bürger sowie Vertreter von Medien, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Politik. Die Veranstaltungen finden an wechselnden Orten statt und leisten damit auch einen Beitrag, der „politischen Szene“ die neue Mitte Berlins mit ihren historischen und neu hinzugekommenen Veranstaltungsorten zu präsentieren.

Die Veranstaltungen werden von jeweils 200-300 Teilnehmern besucht. Das Medieninteresse ist lebhaft. Bislang fanden vier „Berliner Gespräche“ statt.

1. Berliner Gespräch der CDU Deutschlands „Gemeinsam Deutschlands Chancen nutzen“ am 8. März 1999 im Foyer der Dresdner Bank AG, Potsdamer Platz

Den Auftakt zu den „Berliner Gesprächen“ bildete eine Diskussionsveranstaltung mit Prof. Dagmar Schipanski, der Kandidatin von CDU und CSU für das Amt des Bundespräsidenten, die ihre Vorstellungen für die Präsidentschaft darlegte und anschließend zu einer angeregten Diskussion zur Verfügung stand. An dieser Veranstaltung nahmen auch der ehemalige Bundespräsident Prof. Dr. Richard von Weizsäcker, der ehemalige Ministerpräsident Dr. Lothar de Maiziere, der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen, der Vorsitzende der CDU-Vorsitzende, Dr. Wolfgang Schäuble und Generalsekretärin Dr. Angela Merkel teil.

2. Berliner Gespräch „Europa im 21. Jahrhundert – was die Nachbarn von Deutschland erwarten“ am 27. Mai 1999 im Prinzessinnensaal im Opernpalais

Einleitung und Moderation: Generalsekretärin Dr. Angela Merkel

Weitere Teilnehmer: Dr. Gabriele Krone-Schmalz (freie Journalistin und Autorin, Moskau-Korrespondentin der ARD, 1987-1991), Don F. Jordan (amerikanischer Publizist und freier Journalist), Francois Leotard (ehemaliger französischer Verteidigungsminister), Cees Noteboom (niederländischer Schriftsteller und Journalist), Janusz Reiter (Journalist, Diplomat, ehemaliger Botschafter der Republik Polen in Deutschland)

3. Berliner Gespräch „6 Milliarden Menschen – eine Welt“ am 15. September 1999 im Kulturkaufhaus Dussmann

Einführung: Dr. Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU Deutschlands

Moderation: Christian Wulff, stellvertretender Vorsitzender der CDU Deutschlands

Weitere Teilnehmer: Prof. Dr. Klaus Töpfer (stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen, Exekutiv-Direktor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen), Roberto Abdenur (Botschafter von Brasilien in der Bundesrepublik Deutschland), Susan Korte (Koordinatorin eines Familienplanungsprojektes des Kugeria-Women-Fund in Kenia), Dr. Hans Fleisch (Geschäftsführer der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung)

4. Berliner Gespräch „‘Als das neue Millennium begann’ – 10 Jahre nach dem 9. November 1989 – Brücken in eine Ära der Freiheit“ am 7. November 1999 in der Villa Kampffmeyer in Potsdam

Im Mittelpunkt dieses Gespräches stand eine Grundsatzrede des Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble. Die Moderation hatte Generalsekretärin Dr. Angela Merkel.

4.3 Adventsfeier für Familien der SFOR- und KFOR-Soldaten

Generalsekretärin Dr. Angela Merkel hat die Familien deutscher SFOR- und KFOR-Soldaten für den 14. Dezember 1999 zu einer Adventsfeier unter dem Motto „Bosnien- und Kosovo-Einsatz der Bundeswehr – Wir danken den Familien unserer Soldaten“ in das Palais am Festungsgraben nach Berlin eingeladen. Die Generalsekretärin konnte dazu 160 Gäste – vorwiegend Frauen und Kinder deutscher Soldaten - sowie zahlreiche Pressevertreter begrüßen.

Ziel dieses vorweihnachtlichen Gespräches war, den Familien deutscher SFOR- und KFOR-Soldaten zu danken, mit ihnen ins Gespräch zu kommen und sich über ihre Betreuung zu informieren. Die Gäste hatten Gelegenheit zu Diskussion und ausführlichen Einzelgesprächen mit Generalsekretärin Dr. Angela Merkel, dem Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehr-Verbandes, Oberst Bernhard Gertz, dem Stellvertreter der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Ministerialdirigent Dr. Harald Seidel, den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Verteidigung und Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer und Maria Eichhorn, dem Standortkommandanten von Berlin, Brigadegeneral Eckart Fischer, der Vorsitzenden des Forums Soldaten-

frauen, Christine Kowitz sowie zahlreichen CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten der Arbeitsgruppen Verteidigung und Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Von den Familien sehr positiv aufgenommen wurde das Begleitprogramm für die Kinder einschließlich Kinderzimmer und Weihnachtsmann. Im Anschluss an die Veranstaltung gab es Gelegenheit zur Besichtigung des Deutschen Bundestages im Reichstagsgebäude. Die Resonanz auf diese Sympathie- und Dialogveranstaltung waren unter Teilnehmern und in der Presse sehr gut.

4.4 Kampagnen

4.4.1 Kampagne zum Staatsbürgerschaftsrecht

Die Aktion der CDU „Ja zur Integration – Nein zur doppelten Staatsangehörigkeit“, die der CDU-Bundesvorstand am 9. Januar 1999 beschlossen hatte, verlief sehr erfolgreich. Die Union hat insgesamt fünf Millionen Unterschriften gesammelt. Dieser Erfolg ist einzigartig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Er wurde möglich durch die engagierte Unterstützung vieler CDU-Mitglieder und auch zahlreicher Bürgerinnen und Bürger, die viele Wochen lang im täglichen Einsatz in ihrem Wohnumfeld, bei ihren Arbeitskollegen oder auf öffentlichen Plätzen in Städten und Gemeinden für das Anliegen der CDU geworben haben.

Der Bundesregierung wurde mit der Unterschriftenaktion der CDU eindringlich vor Augen geführt, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger die von Rot-Grün geplanten Änderungen am Staatsangehörigkeitsrecht ablehnt. Innenminister Schily war gezwungen, das Gesetz mehrfach nachzubessern und den zunächst als Regelfall beabsichtigten Doppelpass aus dem Gesetzentwurf zu entfernen.

Das von der Regierung Schröder schließlich vorgelegte Gesetz zur Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts genügt indes nach wie vor den Anforderungen einer modernen Integrationspolitik nicht. Außerdem nährt Rot-Grün den Verdacht, dass mit diesem Gesetz, das als erster Schritt bezeichnet wird, durch die Hintertür doch die regelmäßige doppelte Staatsangehörigkeit eingeführt werden soll.

Es bestehen auch nach wie vor erhebliche, insbesondere verfassungsrechtliche und verwaltungspraktische Bedenken, wie sie im Rahmen einer Expertenanhörung vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages am 13. April 1999 durch mehrere Rechtswissenschaftler bestätigt worden sind. Die CDU lehnt die Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts jedoch nicht nur aus juristischen Gründen ab, sondern auch deshalb, weil es der falsche Weg zur Integration ausländischer Mitbürger ist.

4.4.2 Rentenkampagne

Mit der Rentenreform 1999 hat die CDU-geführte Bundesregierung die gesetzliche Rentenversicherung auf eine langfristig tragfähige Grundlage gestellt. Mit einem „demographischen Faktor“ sollten

die zusätzlichen Lasten, die sich aus der steigenden Lebenserwartung ergeben, gerecht auf Rentner und Beitragszahler verteilt werden. Die rot-grüne Bundesregierung hat diese Regelung ausgesetzt und die Rente nach Kassenlage eingeführt. In den Jahren 2000 und 2001 steigen die Renten nicht mehr entsprechend der Nettolohnentwicklung wie in den vergangenen Jahren, sondern lediglich wie die Inflation. Bei Rentnern und Beitragszahlern wird mit einer solchen Politik das Vertrauen, dass die künftige Entwicklung der Renten einem nachvollziehbaren und gerechten Prinzip folgt, zerstört. Gegen diese unsoziale Rentenpolitik und für die Rückkehr zu Vernunft und Gerechtigkeit hat die CDU im Sommer 1999 eine Rentenkampagne gestartet.

Ziel der Rentenkampagne war es, die Menschen über die rot-grüne Rentenwillkür und ihre negativen Folgen zu informieren. Dazu wurden ein Schreiben des CDU-Parteivorsitzenden in einer Auflage von sieben Millionen Stück, Flugblattvorlagen, Anzeigenvorlagen, eine Musterpresseerklärung sowie ein Aktionsleitfaden den Parteigliederungen zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurden Informationsmaterial zum Abruf per FAX sowie ein Faltblatt als Verteilmaterial erstellt. Im Zeitraum 2. August bis 30. September 1999 wurde ein Bürgertelefon angeboten, an das Rentenfragen und Kritik an der Rentenpolitik der Bundesregierung gerichtet werden konnten. Am 28. August 1999 fand ein bundesweiter Aktionstag zur Rentenpolitik statt.

Die Rentenkampagne verlief erfolgreich. Die rot-grüne Bundesregierung musste ihre Rentenwillkür aus dem Sparpaket ausklammern und im Alleingang gegen die Interessen der Rentnerinnen und Rentner durchsetzen. Es ist der CDU gelungen, die Bürgerinnen und Bürger zu überzeugen, dass Willkür keine Grundlage für eine sachgerechte Politik ist. Wir haben mit unserer konsequenten Oppositionspolitik damit zugleich einen wesentlichen Grundstein, für die inzwischen stattfindenden Konsensgespräche zwischen Regierung und Opposition gelegt.

4.4.3 Gesundheitskampagne

Im Sommer 1999 hat die CDU eine Aktion gegen die Pläne der rot-grünen Bundesregierung gestartet, einen radikalen Kurswechsel in der Gesundheitspolitik einzuleiten. Nachdem die Bundesregierung bereits zum Jahreswechsel 1998/99 Maßnahmen zurückgenommen hat, die die gesetzliche Krankenversicherung entlasteten und die Beiträge stabilisierten, plante die Bundesregierung mit der Gesundheitsreform 2000 einen Systemwechsel. Im Gesundheitswesen sollten mehr staatliche Steuerung und Umverteilung stattfinden. Rationierung und eine unsoziale Zwei-Klassen-Medizin wären zwangsläufig die Folge gewesen.

Ziel der Aktion war es, die Menschen in unserem Land über die rot-grüne Gesundheitspolitik zu informieren und zugleich die Alternativen der CDU für eine bessere Gesundheitspolitik zu präsentieren. Dazu wurden zwei UiD-Dokumentationen und zwei Faltblätter als Informationsmaterial erstellt sowie aktuelle Informationen ins Internet eingestellt und als Info-Fax verteilt. Mit den im Gesundheitswesen Beteiligten – wie beispielsweise der deutschen Ärzte- und Zahnärzteschaft und den Kran-

kenkassen – hat Generalsekretärin Dr. Angela Merkel Gespräche auf Bundesebene geführt, um unsere Positionen zu erläutern und zu verdeutlichen. Unter dem Motto: „Gesundheit muss sich jeder leisten können“ wurden zwei „Gesundheits-Mobile“ in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen eingesetzt. Die Bürgerinnen und Bürger konnten an den Gesundheitsmobilen mit Politikern diskutieren und einfache Gesundheitstests wahrnehmen. Begleitend zu dieser Informationskampagne hat der CDU-Bundesfachausschuss Gesellschaft- und Sozialpolitik zu den wichtigsten Punkten der Gesundheitspolitik 2000 der rot-grünen Bundesregierung einen Beschluss gefasst und auf einer Pressekonferenz vorgestellt. Der Bundesvorstand hat zu den Alternativen der CDU in der Gesundheitspolitik das Papier „Gesundheitspolitik – Politik für Patienten und Versicherte“ verabschiedet.

Mit der Informationskampagne zur Gesundheitspolitik ist es gelungen, die Bürgerinnen und Bürger über die Folgen der rot-grünen Politik zu informieren und unsere besseren Alternativen zu präsentieren. Sie hat dazu beigetragen, dass die rot-grüne Bundesregierung nur einen Teil der ursprünglich geplanten Gesundheitsreform 2000 durchsetzen konnte.

4.4.4 Ökosteuerkampagne

Zum 1. Januar 2000 hat die Schröder-Regierung die zweite Mineralölsteuererhöhung im Rahmen des Gesetzes zur Fortführung der ökologischen Steuerreform in Kraft gesetzt. Nachdem die Bundesregierung bereits am 1. April 1999 die erste Benzinpreiserhöhung in Höhe von 7 Pfennig (einschließlich Mehrwertsteuer) umgesetzt hat, sollen jährlich bis 2003 Steigerungen in gleicher Höhe folgen. Die CDU hat vor diesem Hintergrund eine Kampagne gegen die sogenannte Ökosteuer der rot-grünen Bundesregierung gestartet. Ziel der Aktion war es, die Widersprüche dieser neuen Steuer aufzuzeigen. Denn sie bringen – wie auch wissenschaftliche Analysen bestätigen – weder mehr Umweltschutz noch mehr Beschäftigung. Sie dienen lediglich der Einnahmenbeschaffung. Benachteiligt werden dadurch vor allem Familien mit Kindern, Rentner und Arbeitslose. Gleichzeitig werden durch Ausnahmeregelungen Wettbewerbsverzerrungen geschaffen.

Zur Unterstützung des Landtagswahlkampfes in Schleswig-Holstein fand am 10. Januar 2000 in Kiel ein Aktionstag zum Auftakt der Ökosteuerkampagne statt. Für die Aktion wurden von der Bundesgeschäftsstelle Flugblätter, ein Argumentationspapier und Aufkleber als Verteilmaterial erstellt. Die Kampagne wird in Nordrhein-Westfalen zur Unterstützung des dortigen Landtagswahlkampfes fortgeführt.

Die Aktion der CDU trägt dazu bei, die fehlende Seriosität der rot-grünen Steuerpolitik zu verdeutlichen und die Menschen im Landes für dieses Thema zu sensibilisieren. Es wird zunehmend klarer, dass die SPD-Steuerpolitik Bürgern und Betrieben durchgreifende Entlastungen bei den direkten Steuern vorenthält, während sie auf der anderen Seite bei den indirekten Steuern die Steuereinnahmen permanent erhöht, ohne in gleichem Umfang die Beiträge zur Rentenversicherung zu senken. Die CDU wird daher ihre besseren Alternativen zur Entlastung von Bürgern und Betrieben offensiv vertreten.

4.5 Regionalkonferenzen

Unter dem Motto „Verantwortung – Veränderung – Vertrauen“ hat die CDU im Frühjahr 2000 neun Regionalkonferenzen ausgerichtet. Ziel der Veranstaltungsreihe war es, im Dialog mit der Parteibasis die Konsequenzen aus der Spendenaffäre zu ziehen und in eine lebendige Diskussion über die Zukunft der CDU einzutreten.

Zwischen dem 18. Februar und dem 18. März boten die Regionalkonferenzen die Möglichkeit zum direkten Gespräch zwischen Parteiführung und verantwortlichen Vertretern der Parteibasis. Bis zu 1.500 Teilnehmer füllten die Säle bei jeder der rund drei Stunden dauernden Konferenzen. Die Konferenzen in Treffurt und Wolfenbüttel wurden über die Grenzen von „neuen“ und „alten“ Bundesländern hinweg gemeinsam von den Landesverbänden Hessen und Thüringen bzw. Niedersachsen und Sachsen-Anhalt durchgeführt.

Bei allen Veranstaltungen wurde deutlich, dass der Kurs der Parteiführung, aus eigener Kraft rückhaltlose Aufklärung zu leisten und für das Fehlverhalten einzelner in der Vergangenheit die Verantwortung zu übernehmen, breite Unterstützung bei den Verantwortlichen vor Ort erfahren hat.

Die Bereitschaft zur Veränderung war die zweite wichtige Botschaft. Sie betrifft nicht nur das Finanzmanagement der Partei, sondern auch die Transparenz des Diskussionsprozesses. Generalsekretärin Dr. Angela Merkel plädierte für einen offenen Umgang miteinander und eine lebendige Debatte auch über politische Inhalte. Die Möglichkeit zu Aussprache und offener Diskussion wurde bei allen Regionalkonferenzen rege genutzt.

Die Rückkehr zur Sachpolitik stand im Vordergrund der Redebeiträge des Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble und der jeweiligen Landesvorsitzenden. Sie machten deutlich, dass die CDU ihre erfolgreiche Oppositionspolitik alsbald wieder aufnehmen und den Weg zurück in die sachpolitische Auseinandersetzung finden müsse. Die Teilnehmer waren sich darin einig, dass die CDU mit Verantwortung und Veränderung neues Vertrauen gewinnen wird.

4.6 Schulungen/Weiterbildung

Im Berichtszeitraum hat die Bundesgeschäftsstelle fünf Weiterbildungsveranstaltungen angeboten, davon drei für Kreisgeschäftsführerinnen und Kreisgeschäftsführer:

Vom 3.-7. Mai 1999 fand in der Bundesgeschäftsstelle ein Praktikum für neueingestellte Kreisgeschäftsführer statt, bei dem sich die Teilnehmer über die Bundesgeschäftsstelle, die Bundestagsfraktion, die Konrad-Adenauer-Stiftung sowie die UBG informierten.

Ein Aufbauseminar für Kreisgeschäftsführer wurde vom 21.-24. Juni 1999 zu rechtlichen und organisatorischen Fragen durchgeführt.

Weiterhin fanden zwei Zielgruppenseminare für interessierte Mitglieder statt, die beide in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung im Bildungszentrum Schloss Wendgräben bei Magdeburg durchgeführt wurden: Vom 27. September bis 1. Oktober 1999 ging es um das Thema Parteienfinanzierung, vom 1.-5. November um das Parteien- und Versammlungsrecht.

Vom 13.-15. März 2000 fand ein weiteres Seminar für neueingestellte Kreisgeschäftsführer sowie Mitarbeiter der Geschäftsstellen in Bonn statt. Hier wurden hauptsächlich die Organisationsstruktur der Bundesgeschäftsstelle, rechtliche und versicherungstechnische Fragen der Parteiarbeit sowie Fragen der Mitgliederwerbung und Verwaltung behandelt.

4.7 Besucherdienst im Konrad-Adenauer-Haus

Im Zeitraum Mai 1999 bis Juni 1999 haben 24 größere Gruppen mit 1435 Teilnehmern die CDU-Bundesgeschäftsstelle im Konrad-Adenauer-Haus besucht. Aber auch kleinere Besuchergruppen aus der Partei wurden mit dem Haus und den Aufgaben der Bundesgeschäftsstelle bekannt gemacht. Insgesamt wurden 1854 Personen durch den Besucherdienst betreut.

Im Rahmen des Besucherdienstes werden zusätzlich zu den Informationen über die Arbeit der Parteizentrale auch politische Diskussionen mit Mitarbeitern und Vorträge zu speziellen Themen, wie Organisation und Struktur der Partei oder Öffentlichkeitsarbeit arrangiert.

Aufgrund des Umzuges von Bundestag und Bundesregierung nach Berlin im Sommer 1999 wurden keine weiteren Besuchergruppen mehr im Konrad-Adenauer-Haus Bonn angemeldet.

4.8 Referentenvermittlung

Im Berichtszeitraum hat die Bundesgeschäftsstelle 29 bundesweite Organisationen bei Anfragen nach Referenten und Ansprechpartnern unterstützt. Außerdem konnten 14 Bundespolitiker der CDU/CSU direkt für überregionale Veranstaltungen parteipolitisch ungebundener Organisationen vermittelt werden.

5. Medien

5.1 „Union Magazin“ – Das Mitgliedermagazin

Im Berichtszeitraum vier Mal erschienen verzeichnete die Zeitschrift eine erfreulich große Resonanz bei der Leserschaft. Dem Magazin stand ein größerer redaktioneller Raum zur Verfügung. Neben den sachpolitischen Themen, mit denen sich die CDU befasste, erschienen im Magazin Interviews und Beiträge zu gesellschaftspolitischen Bereichen. So gab es beispielsweise einen Beitrag über die Expo 2000 mit Preisausschreiben, dass auf großes Echo stieß. Aber auch zu den aktuellen politischen Ereignissen ist die Leserresonanz stetig steigend.

5.2 Union in Deutschland (UiD)

Der Informationsdienst der CDU „Union in Deutschland“ (UiD) erscheint wöchentlich (mindestens 40 Ausgaben im Jahr). Er enthält Informationen über aktuelle politische Ereignisse und gibt Argumentationshilfen zu wichtigen Sachfragen. Er informiert über die jeweilige Beschlusslage der Partei und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, aber auch über die europapolitischen Aktivitäten der EVP und der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. Regelmäßig weist der UiD auf Veranstaltungen und Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung hin.

Der UiD enthält in fast jeder Ausgabe einen Sonderteil (Dokumentation) bzw. ein „UiD Extra“ mit der ausführlichen Behandlung eines aktuellen Themas. Auf diese Weise werden wichtige Beschlüsse der Partei, Gesetzentwürfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und wichtige Reden im Wortlaut dokumentiert.

Der UiD stellt die aktuellen Informations- und Werbematerialien der CDU-Bundesgeschäftsstelle vor und gibt den Parteigliederungen Ratschläge für die Öffentlichkeitsarbeit. Mehrmals im Jahr erscheint das Gesamtangebot aller Informations- und Werbematerialien – neuerdings als weiterer Sonderteil in Form einer Broschüre mit vierfarbigen Abbildungen.

Für die Landesverbände besteht die Möglichkeit einer regionalen Beilage (gelber Teil), von der im Berichtszeitraum der Landesverband Rheinland-Pfalz Gebrauch gemacht hat.

Den UiD gibt es auch online im CDU Infonet.

5.3 Elektronische Medien

Internet: www.cdu.de

Hatte sich das Internet bereits im Bundestagswahlkampf 1998 als wichtiges neues Medium etabliert, so ist es heute aus dem Informationsangebot der CDU nicht mehr wegzudenken: Denn so kostengünstig und schnell kann man mit keinem anderen Medium so viele Menschen gleichzeitig erreichen.

Seit dem Start der CDU-Website im Jahr 1995 stieg die Zahl der Seitenabrufe kontinuierlich an. Während im April 1999 der Wert bei rund 400.000 Seitenabrufen lag, stieg er im Januar um das fünffache auf 1,9 Millionen Abrufe – natürlich nicht zuletzt wegen des Informationsbedarfs über die Finanzpraktiken der Vergangenheit.

Monat	Seitenabrufe
April 1999	409.545
Mai 1999	458.940
Juni 1999	563.444
Juli 1999	452.038
August 1999	514.749
September 1999	731.537
Oktober 1999	618.937
November 1999	608.487
Dezember 1999	683.191
Januar 2000	1.904.738
Februar 2000	1.271.074

Wesentliche Bestandteile des Internet-Auftrittes sind: Eine tagesaktuelle Berichterstattung, die insbesondere auf der Homepage, unter „Tagesthema“ und unter „Presse“ als Pressemitteilungen der CDU Deutschlands zu finden ist. Ergänzt wird dieses aktuelle Angebot durch vertiefende politische Informationen in der „Datenbank Politik A-Z“ und unter Wochenthema. Hinzu kommt ein interaktives Diskussionsforum, in das allein im Januar 2000 bis zu 1.700 neue Beiträge pro Tag eingestellt wurden.

Neben diesen „festen“ Programmpunkten der CDU-Website wurde die Praxis fortgesetzt, besondere Ereignisse live im Internet anzubieten. Hierzu gehörten zum Beispiel die Übertragung des Kleinen Parteitags im Dezember 1999 und die Neujahrsansprache des Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble zum Jahrtausendwechsel.

Darüber hinaus bietet die Internet-Redaktion moderierte CDU-Chats, also Live-Diskussionen, mit CDU-Spitzenpolitikern an. Eine erste Runde eröffnete Generalsekretärin Dr. Angela Merkel am 1. März 2000, gefolgt von Dr. Norbert Blüm (13. März) und Christian Wulff (17. März).

InfoNet

Auf Grund der positiven Erfahrungen mit dem KandiNet im Bundestagswahlkampf 1998 entstand die Idee, diesen Dienst nach der Wahl zu einem parteiinternen InfoNet für die Funktions- und Mandatsträger auszubauen. Ziel ist es, die Funktions- und Mandatsträger mit weiter verwertbaren Informationen zu versorgen sowie interne Nachrichten weiterzugeben. Hierzu gehören z.B. aktuelle Argumente und Stellungnahmen sowie Briefe der Generalsekretärin oder des Bundesgeschäftsführers. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, das Werbemittelangebot online einzusehen und Bestellungen aufzugeben.

CDUNet (Mitgliedernetz)

In Anbetracht der enormen Möglichkeiten, die das Internet für die politische Kommunikation bietet, wurde ein gesondertes Angebot nur für CDU-Mitglieder eingerichtet. Während der Internationalen Funkausstellung 1999 in Berlin präsentierte Generalsekretärin Dr. Angela Merkel das neue Angebot und ging mit Live-Diskussionen vom Messestand online. Der offizielle Startschuss für das neue Mitgliedernetz fiel im Oktober.

Das Mitgliedernetz enthält zum einen Hintergrundinformationen für die Basis, zum anderen soll der interaktiven Kommunikation mit den Mitgliedern ein besonderer Stellenwert eingeräumt werden. Deshalb bietet die Internet-Redaktion Online-Chats nicht nur auf der offiziellen CDU-Website an: Vielmehr konnten die Mitglieder am 23. März 2000 erstmals im Internet die Anträge an den 13. Parteitag in Essen ausführlich miteinander diskutieren.

Es ist geplant, InfoNet und CDUNet nach dem Essener Parteitag zusammenzuführen. Denn die meisten Informationen aus den beiden Angeboten sind für die Nutzer der jeweils anderen Website ebenfalls interessant. Der Zugang zu dem zusammengelegten Netz wird, wie bereits beim CDUNet, über die Mitgliedsnummer möglich sein.

InfoMail

Mit Beginn des Jahres 2000 wurde der bisherige InfoFax-Verteiler auf

e-Mail umgestellt und nennt sich seitdem InfoMail. Wie bisher auch schon werden mit der InfoMail zumeist Flugblattvorlagen aber auch aktuelle Informationen an die Partei weitergegeben. Die Vorteile der Umstellung liegen auf der Hand: Die Empfänger erhalten saubere und unverzerrte Vorlagen, die nicht nur für die Verteilung als Flugblatt geeignet sind, sondern auch für Insertionen und eigene Publikationen. Hinzu kommt, dass die InfoMail äußerst kostengünstig verschickt werden kann.

5.4 Pressearbeit

Die Arbeit der Pressestelle lässt sich im Wesentlichen aufteilen in zwei Zeiträume. Die erste Phase wurde beherrscht durch die Europawahl sowie eine Reihe von Landtags- und Kommunalwahlen. Hier konnten neue sachpolitische Konzepte der CDU erarbeitet und der Öffentlichkeit nahe gebracht werden. Hervorzuheben ist die gute Medienresonanz auf das Familienpapier, das im Dezember 1999 auf dem einem Kleinen Parteitag verabschiedet wurde. Die zweite Phase – seit Beginn der sogenannten Spendenaffäre – führte auch die Pressearbeit der CDU stark in die Defensive. Vorrangiges Ziel war, die Öffentlichkeit stets über die der CDU bekannten Fakten zu informieren und aufzuklären. Dies geschah in Form zahlreicher Pressekonferenzen mit dem Parteivorsitzenden und der Generalsekretärin sowie vielen Interviews. Die sachpolitische Oppositionsarbeit kam zwangsläufig zu kurz. Ein Umschwung wurde mit der Durchführung der Regionalkonferenzen bemerkbar.

Alle öffentlichen Veranstaltungen wurden von der Pressestelle mit betreut, so die Regionalkonferenzen, der Kleine Parteitag in Berlin, die Berliner Gespräche und die familienpolitischen Anhörungen. Ferner gab es eine hohe Anzahl an Pressekonferenzen und -gesprächen sowie Pressemitteilungen und die Beantwortung zahlloser Anfragen.

Die werktägliche Presseschau wird seit dem Regierungsumzug weiter in Bonn erstellt, in Berlin gedruckt und gibt umfassend das Bild der Printmedien wieder. Die Darstellung von Politik in den elektronischen Medien wird erfasst durch die Medienbeobachtung.

Seit dem Regierungsumzug ist die Pressestelle sowohl in Berlin als auch – bis zum Bezug der neuen CDU-Bundesgeschäftsstelle – in Bonn präsent.

6. Verlegung der Bundesgeschäftsstelle nach Berlin

6.1 Gebäude Berlin, Mauerstraße 85

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat, um nach dem Regierungsumzug in Berlin präsent zu sein, zum 1. August 1999 in Berlin einen „Brückenkopf“ eingerichtet. Hierzu wurden Büroräume angemietet. Die Sekretariate für die Generalsekretärin und die Pressestelle wurden in personeller Hinsicht fest eingerichtet. Zeitweise sind die Generalsekretärin, der Bundesgeschäftsführer und die Pressesprecherin anwesend. Je nach Bedarf können dort auch Referenten der Hauptabteilung Politik arbeiten. Nach dem Bezug des Gebäudes am Tiergarten-Dreieck wird der Brückenkopf aufgelöst.

6.2 Gebäude Berlin, Tiergarten-Dreieck

Der Bau der Bundesgeschäftsstelle in Berlin wird – wie geplant – am 30. April 2000 fertiggestellt und in Betrieb genommen. Es hat keine Kostensteigerungen gegeben, so dass der gesetzte finanzielle Rahmen eingehalten wurde.

6.3 Umzugsplanung

Der Umzug der Bundesgeschäftsstelle ist für Ende Juni 2000 geplant. Arbeitsaufnahme in Berlin wird Montag, der 3. Juli 2000 sein. Die notwendigen Vorbereitungen werden zur Zeit getroffen. Eine Vielzahl von Mitarbeitern hat sich gegen einen persönlichen Umzug nach Berlin entschieden, so dass betriebsbedingte Änderungskündigungen ausgesprochen werden mussten.

6.4 Gebäude Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 73-75

Das Gebäude in Bonn ist an die Telekom AG verkauft worden und muss in der ersten Juli-Woche der Telekom übergeben werden. Zum Umbau des Gebäudes hat die Telekom einen Architekturwettbewerb durchgeführt, der sehr interessante Varianten der Gestaltung ergeben hat.

7. Mitgliederentwicklung und Organisationsstruktur

Am 29. Februar 2000 hatte die CDU Deutschlands 630.173 Mitglieder.

7.1 Regionale Mitgliederentwicklung

Landesverband	Mitglieder am 31.12.1998	Mitglieder am 31.12.1999	Mitglieder am 29.2.2000
Baden-Württemberg	82.270	84.405	83.414
Berlin	14.291	14.902	14.955
Brandenburg	7.858	7.801	7.742
Bremen	3.695	3.764	3.750
Hamburg	10.735	10.664	10.622
Hessen	56.080	56.746	56.249
Mecklenburg-Vorpommern	8.304	8.499	8.390
Braunschweig	8.183	8.069	7.928
Hannover	62.586	62.114	61.151
Oldenburg	15.323	15.163	15.043
Nordrhein-Westfalen	198.237	204.256	201.551
Rheinland-Pfalz	59.788	61.472	60.656
Saarland	21.843	22.476	22.336
Sachsen	17.731	17.767	17.486
Sachsen-Anhalt	11.510	11.445	11.075
Schleswig-Holstein	32.387	32.802	32.325
Thüringen	15.436	15.612	15.401
Auslandsverband	85	99	99
Gesamt	626.342	638.056	630.173

7.2 Dauer der Mitgliedschaft

Stand: 28.2.1999

Stand: 29.2.2000

Mitglieder	in Prozent	in Prozent
Unter 10 Jahre	27,7 %	28,3 %
10 bis 20 Jahre	25,1 %	24,8 %
Über 20 Jahre	47,2 %	46,9 %

7.3 Struktur der Mitgliedschaft

Geschlecht

In der CDU Deutschlands sind 25,2 Prozent der Mitglieder (158.563) weiblich und 74,8 Prozent (471.610) männlich. In den alten Ländern liegt der Frauenanteil bei 24,5 und in den neuen Ländern bei 31,4 Prozent.

Alter	Gesamt	Alte Länder	Neue Länder
16 - 24 Jahre	2,2 %	2,2 %	1,9 %
25 - 29 Jahre	2,8 %	2,9 %	2,5 %
30 - 39 Jahre	10,9 %	10,7 %	13,3 %
40 - 49 Jahre	16,7 %	15,8 %	25,0 %
50 - 59 Jahre	23,8 %	23,7 %	25,1 %
60 - 69 Jahre	24,2 %	24,8 %	17,7 %
70 - .. Jahre	19,1 %	19,6 %	14,0 %
Ohne Angaben	0,3 %	0,3 %	0,5 %

Das Durchschnittsalter aller Mitglieder der CDU Deutschlands beträgt 54,9 Jahre. Das Durchschnittsalter der weiblichen Mitglieder liegt bei 56,1 und das der männlichen bei 54,5 Jahren.

Beruf

Berufsgruppe	Gesamt	Alte Länder	Junge Länder
Selbständige	21,6 %	22,3 %	14,7 %
Arbeiter	8,5 %	7,4 %	19,7 %
Angestellte	28,1 %	27,5 %	33,7 %
Beamte	11,1 %	11,9 %	3,5 %
Rentner/Pensionäre	6,1 %	5,4 %	13,0 %
Hausfrauen/-männer	9,5 %	10,2 %	2,6 %
In Ausbildung	5,1 %	5,3 %	2,9 %
Ohne Angaben	10,0 %	10,0 %	9,9 %

7.4 Gliederungen

Die CDU Deutschlands gliedert sich in 17 Landesverbände, 27 Bezirksverbände, 366 Kreisverbände und 11.704 Ortsverbände.

8. Politischer Arbeitskalender

26./27. April 1999	12. Parteitag der CDU Deutschlands in Erfurt
5. Mai 1999	Wahlkampfkundgebungen mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble in Trier und Düsseldorf
10. Mai 1999	Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
10. Mai 1999	Wahlkampfkundgebungen mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble in Hannover und Hamburg
11. Mai 1999	Wahlkampfkundgebungen mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble in Stuttgart und Mainz
15. Mai 1999	Zukunftsforum Grundwerte: „Freiheit, die wir meinen“, Cottbus
17. Mai 1999	Wahlkampfkundgebungen mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble in Erfurt und Magdeburg
18. Mai 1999	Wahlkampfkundgebung mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble in Berlin
19. Mai 1999	Wahlkampfkundgebungen mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble in Dresden und Frankfurt/O.
21. Mai 1999	Wahlkampfkundgebung mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble in Frankfurt/M.
23. Mai 1999	Wahl des Bundespräsidenten, Berlin
26. Mai 1999	Wahlkampfkundgebung mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble in Kassel
27. Mai 1999	2. Berliner Gespräch: „Europa im 21. Jahrhundert – was die Nachbarn von Deutschland erwarten“, Berlin
27. Mai 1999	Wahlkampfkundgebungen mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble in Bremerhaven und Bremen
28. Mai 1999	Sitzung der Fachkommission Europa des BACDJ in Bonn; Vorlage von Thesen zur Reform der Gruppenfreistellungsverordnung für vertikale Wettbewerbsbeschränkungen
30. Mai 1999	Europa-Fest in der Köln-Arena
1. Juni 1999	Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Strukturpolitik

1. Juni 1999 Wahlkampfkundgebung mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble in Chemnitz
4. Juni 1999 Wahlkampfkundgebung mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble in Rostock-Warnemünde und Kiel
6. Juni 1999 Bürgerschaftswahl in Bremen
7. Juni 1999 Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
7. Juni 1999 Wahlkampfkundgebungen mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble in Osnabrück und Münster
7. Juni 1999 Konstituierende Sitzung der Kommission „Familie 2000“
8. Juni 1999 Wahlkampfkundgebungen mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble in Friedrichshafen und Freiburg
10. Juni 1999 Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Sport
10. Juni 1999 Wahlkampfkundgebungen mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble in Koblenz und Saarbrücken
13. Juni 1999 Wahl zum Europäischen Parlament
14. Juni 1999 Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
16. Juni 1999 Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Bildungspolitik
17. Juni 1999 Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Gesellschafts- und Sozialpolitik in Bonn
17. Juni 1999 Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik, Bonn
17. Juni 1999 Sitzung der Wertekommission
18. Juni 1999 Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Europapolitik, Bonn
21. Juni 1999 Konstituierende Sitzung der Kommission „Bildung 2000“
21. Juni 1999 Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Umwelt- und Energiepolitik in Bonn

21. Juni 1999 Empfang anlässlich des 75. Geburtstages des früheren CDU-Bundesvorsitzenden Dr. Rainer Barzel, Bonn
22. Juni 1999 Sitzung des Bundesparteigerichts in Bonn
23. Juni 1999 Expertengespräch der Kommission „Familie 2000“, Bonn
24. Juni 1999 Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Wirtschafts- und Finanzpolitik
25. Juni 1999 Konferenz der Aussiedlerbeauftragten der CDU Deutschlands
25. Juni 1999 Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Forschung und Innovation, Bonn
28. Juni 1999 Präsidium in Bonn
28. Juni 1999 Konstituierende Sitzung der Kommission „Spielraum für kleine Einheiten“
30. Juni 1999 Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Frauenpolitik, Bonn
30. Juni 1999 Konstituierende Sitzung der Kommission „Sozialstaat 21 – Arbeit für alle“, Bonn
1. Juli 1999 Sitzung des Gesprächskreises Kulturpolitik, Weimar
2. Juli 1999 Zukunftsforum Kulturpolitik „Kulturstaat Deutschland – Verfassungsauftrag im Auftrag“, Weimar
9. Juli 1999 Sitzung der Fachkommission Europa des BACDJ in Bonn
12. Juli 1999 Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
12. Juli 1999 Sitzung der Kommission „Familie 2000“, Bonn
14. Juli 1999 Expertenanhörung des Bundesfachausschusses Sport in Berlin zum Thema „Die Auswirkungen der Neuregelungen zu den 630,-DM-Beschäftigungsverhältnissen und zur sog. Scheinselbständigkeit auf den Breitensport“
16. Juli 1999 Sitzung der Kommission „Bildung 2000“ in Stuttgart
20. Juli 1999 Anhörung der Kommission „Familie 2000“, Stuttgart

20. Juli 1999 Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Innenpolitik in Bonn
17. August 1999 Landesgeschäftsführerkonferenz in Bonn
17. August 1999 Sitzung der Wertekommission
17. August 1999 Anhörung der Kommission „Familie 2000“, Düsseldorf
21. August 1999 Zukunftsforum „Bildung und Erziehung als Grundlage unserer Zukunft“, Saarbrücken
23. August 1999 Präsidium und Bundesvorstand in Berlin
23. August 1999 Konferenz der Generalsekretärin Dr. Angela Merkel mit den Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse
23. August 1999 Sitzung der Kommission „Humane Dienste – Gesundheit, Pflege und Rehabilitation“, Berlin
23. August 1999 Empfang anlässlich der Eröffnung der Außenstelle der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin, Mauerstraße
24. August 1999 Konstituierende Sitzung des Bundesarbeitskreises Menschenrechte, Bonn
25. August 1999 Anhörung der Kommission „Familie 2000“, Leipzig
26. August 1999 Sitzung des Bundesfachausschusses Frauenpolitik, Berlin; Stellungnahme zu den Plänen der Bundesregierung zur Reform der Hinterbliebenenversorgung
26. August 1999 Zukunftsforum „Recht sichert die Freiheit“, Dresden; Vorlage der „Dresdner Thesen zur Deregulierung“
27. August 1999 Sitzung der Kommission „Bildung 2000“ in Stuttgart
27. August 1999 Großveranstaltung im Rahmen der Rentenkampagne, Cottbus
28. August 1999 Bundesweiter CDU-Aktionstag: „Für einen fairen Generationenvertrag – gegen Wortbruch und Rentenwillkür“
30. August 1999 2. Filmforum der CDU Deutschlands, Berlin
31. August 1999 Anhörung der Kommission „Familie 2000“, Saarbrücken
3. September 1999 Sitzung der Fachkommission Europa des BACDJ in Bonn

5. September 1999	Landtagswahlen in Brandenburg und im Saarland
6. September 1999	Präsidium und Bundesvorstand in Berlin
6. September 1999	Sitzung der Kommission „Familie 2000“
6. September 1999	Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Agrarpolitik
6. September 1999	Sitzung des Bundesfachausschusses Europapolitik, Berlin
9. September 1999	Sitzung des Bundesfachausschusses Strukturpolitik
10. September 1999	Fachgespräch von Generalsekretärin Dr. Angela Merkel mit Spitzenvertretern deutscher entwicklungspolitischer Organisationen
12. September 1999	Landtagswahl in Thüringen
13. September 1999	Präsidium und Bundesvorstand in Berlin
13. September 1999	Sitzung der Kommission „Sozialstaat 21 – Arbeit für alle“, Berlin
13. September 1999	Sitzung der Kommission „Spielraum für kleine Einheiten“
14. September 1999	Sitzung des Bundesfachausschusses Frauenpolitik, Berlin
15. September 1999	3. Berliner Gespräch: „6 Milliarden Menschen – eine Welt“, Berlin
17. September 1999	Sitzung der Kommission „Familie 2000“
19. September 1999	Landtagswahl in Sachsen
20. September 1999	Präsidium und Bundesvorstand in Berlin
20. September 1999	Sitzung der Wertekommission
22. September 1999	Sitzung des Bundesfachausschusses Sport in Bonn
23. September 1999	Sitzung des Bundesfachausschusses Gesellschafts- und Sozialpolitik in Bonn
26. September 1999	Rechtspolitische Fachtagung „Antworten auf rot/grüne Rechtspolitik“
27. September 1999	Sitzung des Bundesfachausschusses Frauenpolitik, Bonn
27. September 1999	Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik, Bonn

28. September 1999 Pressegespräch mit Generalsekretärin Dr. Angela Merkel MdB und dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik, Dr. Friedbert Pflüger MdB, zu den „Zehn Sünden der Regierung Schröder in der Außenpolitik“, Berlin
29. September 1999 Experten-Anhörung der Kommission „Bildung 2000“ zum Thema „Schulqualität“, Berlin
30. September 1999 Sitzung des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik, Berlin; Beschluss des Papiers „Bevölkerungspolitische Forderungen anlässlich des ‘Tages der 6 Milliarden’“
1. Oktober 1999 Sitzung der Kommission „Familie 2000“
- 1./2. Oktober 1999 Klausurtagung des Bundesfachausschusses Umwelt- und Energiepolitik in Berlin
4. Oktober 1999 Präsidium in Berlin
4. Oktober 1999 Sitzung der Kommission „Sozialstaat 21 – Arbeit für alle“
6. Oktober 1999 Sitzung der Kommission „Humane Dienste – Gesundheit, Pflege und Rehabilitation“, Berlin
11. Oktober 1999 Präsidium und Bundesvorstand in Berlin
13. Oktober 1999 Sitzung der Wertekommission
20. Oktober 1999 Experten-Anhörung der Kommission „Bildung 2000“ zum Thema „Modernisierung der Weiterbildung“, Bonn
25. Oktober 1999 Präsidium in Berlin
26. Oktober 1999 Sitzung des Gesprächskreises Kulturpolitik
29. Oktober 1999 Sitzung der Fachkommission Europa des BACDJ in Bonn
29. Oktober 1999 Sitzung des Bundesfachausschusses Bildungspolitik in Bonn
29. Oktober 1999 Konferenz der Aussiedlerbeauftragten der CDU Deutschlands
1. November 1999 Expertenanhörung der Kommission „Sozialstaat 21 – Arbeit für alle“, Berlin
3. November 1999 Sitzung der Kommission „Sozialstaat 21 – Arbeit für alle“, Berlin

4. November 1999	Sitzung des Bundesarbeitskreises Menschenrechte, Berlin
5. November 1999	Sitzung der Bundesfachausschusses Innenpolitik in Bonn
7. November 1999	4. Berliner Gespräch: „Als das neue Millennium begann. 10 Jahre nach dem 9. November 1989 – Brücken in eine Ära der Freiheit“, Potsdam
8. November 1999	Präsidium und Bundesvorstand in Berlin
8. November 1999	Sitzung des Bundesfachausschusses Frauenpolitik, Berlin
8. November 1999	Sitzung der Kommission „Humane Dienste – Gesundheit, Pflege und Rehabilitation“, Berlin
8. November 1999	Pressekonferenz zur Vorstellung des Papiers der Wertekommission „Orientierung am Grundgesetz“
8. November 1999	Sitzung des Bundesfachausschusses Forschung und Innovation, Berlin
8. November 1999	Sitzung des Bundesfachausschusses Europapolitik, Berlin
9. November 1999	Sitzung des Bundesparteigerichts in Bonn
11. November 1999	Experten-Anhörung der Kommission „Bildung 2000“ zum Thema „Modernisierungsimpulse für die berufliche Bildung“, Stuttgart
18. November 1999	Sitzung des Bundesfachausschusses Gesellschafts- und Sozialpolitik in Bonn
22. November 1999	Präsidium in Berlin
22. November 1999	Expertenanhörung des Bundesfachausschusses Sport zum Thema Doping, Berlin
22. November 1999	Sitzung der Kommission „Spielraum für kleine Einheiten“
22. November 1999	Sitzung des Bundesfachausschusses Agrarpolitik und Anhörung zum Thema WTO-Agrarverhandlungen
24. November 1999	Sitzung des Bundesfachausschusses Wirtschafts- und Finanzpolitik; Verabschiedung eines Positionspapiers zur Millennium-Runde der Welthandelsorganisation (WTO)
25. November 1999	Sitzung des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik, Berlin

30. November 1999 Präsidium in Berlin
30. November 1999 Sitzung des Bundesfachausschusses Strukturpolitik
6. Dezember 1999 Sitzung der Kommission „Sozialstaat 21 – Arbeit für alle“, Berlin
6. Dezember 1999 Sitzung des Bundesfachausschusses Umwelt- und Energiepolitik in Berlin
7. Dezember 1999 Landesgeschäftsführerkonferenz in Bonn
8. Dezember 1999 Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
8. Dezember 1999 Konstituierende Sitzung des Bundesarbeitskreises Polizei in Bonn
8. Dezember 1999 Experten-Anhörung der Kommission „Bildung 2000“ zum Thema „Weiterentwicklung der Hochschulen“, Weimar
8. Dezember 1999 Sitzung der Kommission „Humane Dienste – Gesundheit, Pflege und Rehabilitation“, Berlin
10. Dezember 1999 Mitgliederversammlung des BACDJ in Bonn
12. Dezember 1999 Präsidium und Bundesvorstand in Berlin
12. Dezember 1999 Sonntagsforum der CDU in Berlin: „Die vernetzte Familie. Internet und TV im Fokus der Erziehung“
13. Dezember 1999 Bundesausschuss in Berlin
13. Dezember 1999 Sitzung der Wertekommission
14. Dezember 1999 Adventsfeier von Generalsekretärin Dr. Angela Merkel mit Familien von SFOR/KFOR-Soldaten, Berlin
22. Dezember 1999 Präsidium in Bonn
- 7./8. Januar 2000 Präsidium und Bundesvorstand in Norderstedt
17. Januar 2000 Sitzung der Kommission „Bildung 2000“ in Berlin
17. Januar 2000 Sitzung des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik, Berlin
17. Januar 2000 Sitzung der Kommission „Spielraum für kleine Einheiten“
18. Januar 2000 Präsidium und Bundesvorstand in Berlin

19. Januar 2000	Sitzung der Kommission „Humane Dienste – Gesundheit, Pflege und Rehabilitation“, Berlin
20. Januar 2000	Sitzung der Bundesfachausschusses Bildungspolitik in Bonn
21. Januar 2000	Sitzung der Fachkommission Europa des BACDJ in Bonn
22. Januar 2000	Bildungspolitisches Zukunftsforum der CDU „Bildung – Investition in die Zukunft“, Kiel
23. Januar 2000	Präsidium in Berlin
24. Januar 2000	Bundesvorstand in Berlin
1. Februar 2000	Landesgeschäftsführerkonferenz in Berlin
4. Februar 2000	Präsidium in Bonn
4. Februar 2000	Expertenanhörung des Bundesfachausschusses Gesellschafts- und Sozialpolitik in Bonn
7. Februar 2000	Sitzung des Bundesfachausschusses Umwelt- und Energiepolitik in Berlin; Vorlage der Thesen zur „Zukunft der Abfallpolitik“
10. Februar 2000	Bundesfachausschuss Strukturpolitik zu einem Fachgespräch im IBM Forum Stuttgart
11. Februar 2000	Regionalkonferenz mit Generalsekretärin Dr. Angela Merkel und dem Landesvorsitzenden Dirk Fischer, Hamburg
14. Februar 2000	Präsidium in Berlin
14. Februar 2000	Sitzung des Bundesfachausschusses Frauenpolitik, Berlin; Beschluss zur Anerkennung von Familienarbeit in der gesetzlichen Rentenversicherung
14. Februar 2000	Sitzung der Kommission „Spielraum für kleine Einheiten“
17. Februar 2000	Präsidium in Berlin
17. Februar 2000	Sitzung des Bundesarbeitskreises Menschenrechte, Berlin
18. Februar 2000	Regionalkonferenz mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble, Generalsekretärin Dr. Angela Merkel und dem Landesvorsitzenden Christian Wulff und Dr. Wolfgang Böhmer, Wolfenbüttel

21. Februar 2000 Pressegespräch mit dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik, Dr. Friedbert Pflüger MdB, und dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Europapolitik, Elmar Brok MdEP, zur Regierungskonferenz 2000, zur Österreichpolitik der EU und zum EU-Kandidatenstatus der Türkei
21. Februar 2000 Gemeinsame Sitzung der Bundesfachausschüsse Außen- und Sicherheitspolitik sowie Europapolitik, Berlin
23. Februar 2000 Sitzung der Kommission „Humane Dienste – Gesundheit, Pflege und Rehabilitation“, Berlin
24. Februar 2000 Sitzung des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik, Berlin
25. Februar 2000 Sitzung der Kommission „Sozialstaat 21 – Arbeit für alle“, Berlin
25. Februar 2000 Sitzung des Bundesfachausschusses Innenpolitik in Bonn
27. Februar 2000 Landtagswahl in Schleswig-Holstein
28. Februar 2000 Präsidium und Bundesvorstand in Berlin
28. Februar 2000 Sitzung der Kommission „Spielraum für kleine Einheiten“
28. Februar 2000 Regionalkonferenz mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble, Generalsekretärin Dr. Angela Merkel und dem Landesvorsitzenden Dr. Jürgen Rüttgers, Recklinghausen
29. Februar 2000 Regionalkonferenz mit Generalsekretärin Dr. Angela Merkel und dem Landesvorsitzenden Bernd Neumann, Bremen
4. März 2000 Regionalkonferenz mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble, Generalsekretärin Dr. Angela Merkel und den Landesvorsitzenden Eberhard Diepgen, Jörg Schönbohm und Dr. Fritz Hähle, Berlin
10. März 2000 Regionalkonferenz mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble, Generalsekretärin Dr. Angela Merkel und dem Landesvorsitzenden Christoph Böhr, Kaiserslautern
11. März 2000 Regionalkonferenz mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble, Generalsekretärin Dr. Angela Merkel, der stellvertretenden Landesvorsitzenden Otti Geschka und dem Landesvorsitzenden Dr. Bernhard Vogel, Treffurt

12. März 2000 Präsidium in Berlin
13. März 2000 Präsidium und Bundesvorstand in Berlin
13. März 2000 Regionalkonferenz mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble, Generalsekretärin Dr. Angela Merkel und dem Landesvorsitzenden Peter Kurt Würzbach, Neumünster
13. März 2000 Sitzung des Bundesfachausschusses Agrarpolitik; Verabschiedung eines Positionspapiers zu den WTO-Agrarverhandlungen „Für eine leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft und die Verankerung des Verbraucherschutzes“
14. März 2000 Sitzung des Bundesparteigerichts in Bonn
14. März 2000 Sitzung des Gesprächskreises Kulturpolitik
15. März 2000 Sitzung der Kommission „Humane Dienste – Gesundheit, Pflege und Rehabilitation“, Berlin
16. März 2000 Anhörung der Kommission „Spielraum für kleine Einheiten“ zum Thema „Starke Bürger – starker Staat – neues Profil für unsere Kommunen“
17. März 2000 Sitzung der Fachkommission Europa des BACDJ in Bonn
18. März 2000 Regionalkonferenz mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble, Generalsekretärin Dr. Angela Merkel und dem Landesvorsitzenden Erwin Teufel, Stuttgart
20. März 2000 Präsidium und Bundesvorstand in Berlin
20. März 2000 Gespräch des Bundesfachausschusses Forschung und Innovation mit dem DFG-Präsidenten Prof. Dr. Ernst-Ludwig Winnacker
20. März 2000 Sitzung des Bundesfachausschusses Wirtschafts- und Finanzpolitik
21. März 2000 Pressekonferenz mit Generalsekretärin Dr. Angela Merkel MdB, dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik, Dr. Friedbert Pflüger MdB, dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Bundeswehr, Ruprecht Polenz MdB, und dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer MdB, zur Vorstellung des Positionspapiers „Die Zukunft der Bundeswehr“
22. März 2000 Sitzung der Kommission „Sozialstaat 21 – Arbeit für alle“, Berlin

27. März 2000 Sitzung des Bundesfachausschusses Sport in Berlin
29. März 2000 Anhörung des Bundesfachausschusses Bildungspolitik zum Thema „Modernisierung der beruflichen Bildung“, Düsseldorf
29. März 1999 Sitzung des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik, Berlin
3. April 2000 Sitzung des Bundesfachausschusses Forschung und Innovation, Berlin
4. April 2000 Bundesvorstand in Berlin
5. April 2000 Sitzung der Kommission „Humane Dienste – Gesundheit, Pflege und Rehabilitation“, Berlin
7. April 2000 Sitzung des Bundesfachausschusses Gesellschafts- und Sozialpolitik in Bonn
9. April 2000 Präsidium und Bundesvorstand in Essen
- 10./11. April 2000 13. Parteitag der CDU Deutschlands in Essen



Herausgeber:

CDU-Bundesgeschäftsstelle

HA Öffentlichkeitsarbeit

Friedrich-Ebert-Allee 73-75

53113 Bonn

E-Mail: post@www.cdu.de

Internet: <http://www.cdu.de>